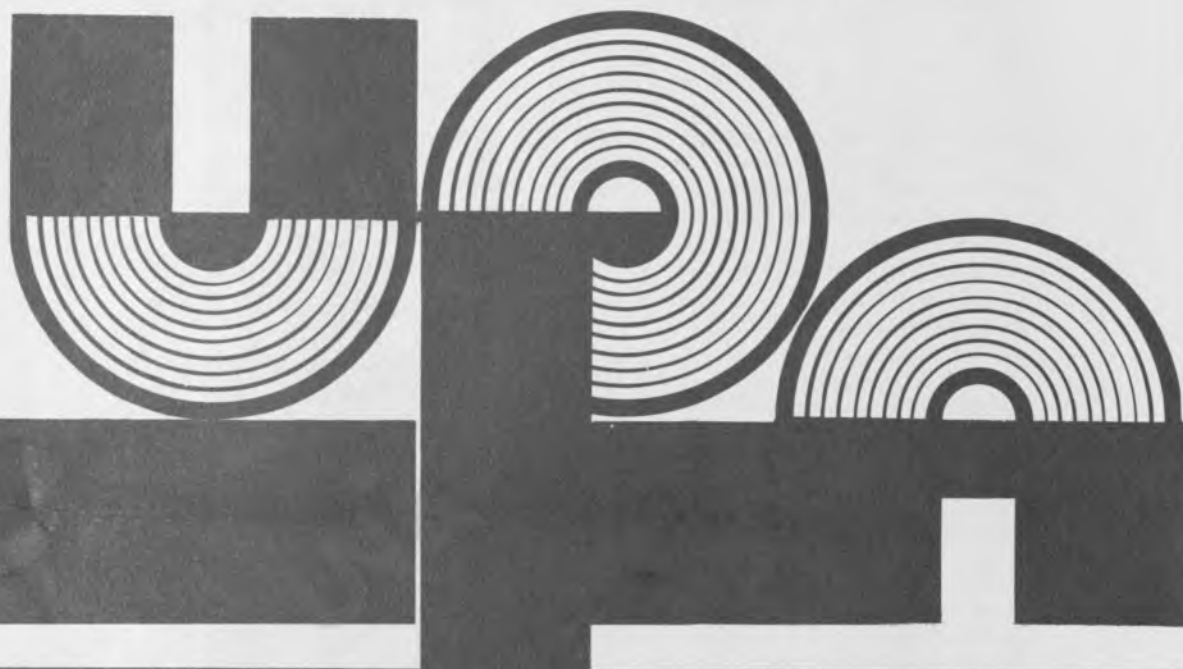


UNIPRESS AUGSBURG



AUS DEM INHALT :

LEHRERAUSBILDUNG AN DER UNIVERSITÄT AUGSBURG:
Chance für eine Neubestimmung des Theorie – Praxis Verhältnisses?

2/75



Testen Sie Ihren universitären Einblick:
Warum ist in Augsburg das Kopieren so teuer?
Ein Auswahl-Antwort-Spiel mit so mancher Lösung und
noch mehr Distraktoren

An der Universität Augsburg kostet die Kopie für den Dienstgebrauch doppelt so viel wie an fast allen anderen deutschen Universitäten. Woran liegt das? Kreuzen Sie im folgenden alle Begründungen an, die Ihnen plausibel erscheinen. Mehr darüber erfahren Sie im nächsten UNI-PRESS-Heft.

- a. – Weil die Maschinen besonders gute Kopien liefern
- b. – Weil das Papier ein besonderes Wasserzeichen enthält, das seine Herstellung verteuert
- c. – Weil der Transport des Papiers von der Zentralverwaltung zu den Standorten der einzelnen Maschinen langwierig und entsprechend kostspielig ist
- d. – Weil die Augsburger dümmer sind als Benutzer anderswo und die Maschinen öfters kaputt machen, was erhöhte Reparaturkosten bedingt
- e. – Weil die Maschinen ohnehin die meiste Zeit über kaputt sind, was in den kurzen Zeiten, in denen die Maschinen Kopien liefern, zu erhöhten Betriebskosten führt
- f. – Weil infolge der gestiegenen Papierpreise ein Blatt inzwischen 12 Pfennige kostet, der Freistaat aber nicht gewillt ist, geistig unproduktives Kopieren auch noch zu subventionieren
- g. – Weil der Verbreitung von sittengefährdender Literatur (Politica, Erotica, Didaktica) nicht durch marktgerecht kalkulierte Kopierpreise Vorschub geleistet werden soll
- h. – Weil die Universität, die so viel ausgeben muß, auch mal etwas einnehmen will, wofür sie dann von den Hohen Herren gelobt wird
- i. – Weil erst eine optimale Ausnutzung der Geräte eine Preissenkung ermöglicht; die entsprechende Nachfrage in Augsburg aber nicht vorhanden ist, nachdem mehr und mehr Universitätsangehörige zum Kopieren an andere Universitäten fahren.
- k. – Weil Augsburg in vieler Hinsicht etwas Besonderes ist
- l. – Weil die Augsburger Maschinen jede Kopie mit dem Aufdruck „Augsburg ist anders“ versehen
- m. – Weil das Abrechnen der Zähler in Augsburg wesentlich mehr Personalaufwand erfordert als anderswo
- n. – Weil die Universität den erzielten Gewinn wiederum unter die Lehrstuhlinhaber für Kopierzwecke auswirft. Da sie immer wieder die Hälfte des Betrages zurückerhält und von neuem auswerfen kann, kann sie nie bankrott gehen –
- o. – Weil der Kopierpreis stets 20 Pfennig betragen hat und es gut ist, Tradition zu wahren
- p. – Weil der Kopierpreis demnächst an allen Hochschulen auf 20 Pfennige festgesetzt werden muß, Augsburg dann aber auf eine Preisanhebung verzichten kann

- q. – Weil die Philosophischen Fachbereiche schon wieder mehr Geld wollen und man nicht weiß, wie man die Gelder anders als auf diesem Wege beschaffen soll
- r. – Weil an allen bayerischen Universitäten die Kopie 20 Pfennige kostet, und sich Kritik daher erübrigt
- s. – Weil die Verbuchung des Gewinns es der Zentralverwaltung ermöglicht, einen weiteren Sachbearbeiter einzustellen (Schaffung von Arbeitsplätzen)
- t. – Weil die Maschinen alle kopierten Texte zur Auswertung an das Innenministerium weiterleiten, was zwar den Kopierpreis erhöht, wohl aber Staatsfeinde rechtzeitig entlarvt
- u. – Weil es der Universität auf diese Weise gelingt, an Drittmittelzuweisungen, besonders aus dem preußischen Ausland angemessen zu profitieren, wenn sie die Drittmittel schon verwalten muß
- v. bis z. – Es gibt keine Begründung.

Sekkantus

* * * * *

Mensa

Als ebenso leidenschaftlicher wie auch übergewichtiger Esser ist es mir (nach einer eben eingenommenen vorzüglichen Mahlzeit) ein ausgesprochenes Bedürfnis, einmal anzuregen, daß m.E. die Verpflegung der Universitätsangehörigen ein Dankeswort verdient hat.

Neben der außerordentlichen Preisgünstigkeit (ein vollständiges Mittagmahl mit Suppe, Hauptgericht, Beilage, Salat und Nachspeise belastet die Geldbörse mit nur etwa 2,50 DM) ist vor allem die Speisezubereitung zu loben. Die Portionen sind im Regelfalle auch für „Bandwurmgeschädigte“ ausreichend; ein halbes Hähnchen ist auch tatsächlich ein halbes Hähnchen und kein „Täubchen“. Die Suppen sind abwechslungsreich, ebenso die Beilagen. Die meistgeliebten Pommes frites entsprechen in 95 % aller Fälle höchsten Qualitätsnormen und werden sicher ebenso gerne angenommen wie der verfeinerte Gemüsereis. Den „Kochgeistern“ in der Mensa ist zu bescheinigen, daß ihr Einfallsreichtum bei den Nachspeisen nur noch bei der Zubereitung der verschiedenen köstlichen Salate (Krautsalat, Möhrensalat, Kopfsalat mit Marinade usw.) übertroffen wird.

Ich hoffe, daß der tägliche Gang zur Mensa auch weiterhin diesen erfreulichen Charakter behält und beglückwünsche das Studentenwerk Augsburg zur wohl gelungenen Auswahl ihres Küchenpersonals.

Mahlzeit!

Günther Bergner

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
ceterum censeo	2
Mensa	2
Lehrerbildung an der Universität Augsburg	3
Hinführung von Abiturienten zu Berufswelt	5
Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland	7
Schule im Sozialpädagogischen Feld	10
Probleme der Basisbildung und Erziehung	12
Zentrale Betriebseinheiten	14
Der Personalrat berichtet	17
Nachrichten/Informationen	18

IMPRESSUM

UNIPRESS AUGSBURG, herausgegeben im Auftrag des Senats der Universität Augsburg.
Verantwortliche Redakteure:
Prof. Dr. Johannes Hampel; Dr. Rudolf Frankenberger; Michael Kochs; Manfred Kopp; Volker Kraus; Dr. Josef Leinweber; Dr. Walter Molt; Prof. Dr. Konrad Schröder; Hermann Vogelgsang; Prof. Dr. Peter Waldmann.
Grafische Gestaltung: Eva Köberle
Redaktionssekretariat: Barbara Iglück
Druck: mayerdruck, 89 Augsburg, Giggenbachstraße 2
Auflage 4000 Stück, kostenlos, erscheint zweimal im Trimester
Anschrift: Pressestelle der Universität Augsburg, 89 Augsburg, Memminger Straße 6, Telefon: 599-1

LEHRERAUSBILDUNG AN DER UNIVERSITÄT AUGSBURG:

Chance für eine Neubestimmung des Theorie—Praxis—Verhältnisses?

Der Verfasser ist Leiter der schulpraktischen Ausbildung am Erziehungswissenschaftlichen Fachbereich der Universität Augsburg; er betreut in dieser Funktion die rund 120 Ausbildungslehrer/innen im Bereich der Grund- und Hauptschulen, die zur schulpraktischen Ausbildung der EWFB-Studenten eingesetzt werden.

* * * * *

1. Die kommunikative Beziehung zwischen Wissenschaft und berufsausübenden Erziehern/Lehrern

Mit zwei Absichten wird die Verhältnisbestimmung von Theorie und Praxis in einer *Personalisierung* versucht. (a) Je mehr die Wissenschaft sich und ihre Ergebnisse trotz aller Wahrheits- und Wahrhaftigkeitsverpflichtung als vorläufig und relativ zu der jeweiligen gesellschaftlichen, kulturellen, ökonomischen und sozialen Situation versteht, desto leichter kann sie sich dazu bekennen, daß es bei der Kontaktaufnahme Theorie—Praxis auf die Qualitäten der an diesem Kontakt beteiligten Personen ankommt: auf ihre *Kooperationsfähigkeit*, auf ihr *Einfühlungsvermögen*, auf die von ihnen angewandten *Techniken und Praktiken der Auseinandersetzung*, auf ihre *Kompromißfähigkeit*. (b) Will die Erziehungswissenschaft nur einigermaßen in den Ansprüchen ernstgenommen werden, wie sie durch ihre theoretischen Überlegungen geschaffen werden, dann bedeutet dies für die Berücksichtigung der in der Gegenwart konzipierten und akzeptierten *Theorie einer kommunikativen Pädagogik* (siehe vor allem: Mollenhauer 1972¹), daß die Beziehung Theorie-Praxis nach kommunikativ-situativen Bestimmungen bewältigt werden muß. Damit gehen die persönlichen Bedingungen und Qualitäten bei Wissenschaftlern, Berufstätigen und Studierenden in die Kommunikation ein.

Dieses *partnerschaftliche Modell* stellt einige hohe Ansprüche, die bis jetzt noch nicht eingelöst sind. Ich belege dies mehr oder weniger willkürlich:

1. Die Erziehungswissenschaft befleißigt sich in Abhängigkeit von jeweiligen wissenschaftlichen Strömungen oft eines *Fachjargons*, der die Beziehung zur Praxis beiseite läßt oder vernachlässigt.
2. Der Studiengang ist zu *wenig nach kooperativen und integrativen Gesichtspunkten* aufgebaut: es fehlen gemeinsame Zielvorstellungen, die Studienziele sind nicht nach einem curricularen Ableitungssystem zusammengestellt.
3. Die *Kooperation unter den Dozenten* läßt zu wünschen übrig.
4. Zwischen der ersten Phase der Lehrerbildung (an der Universität) und der zweiten Phase (in den jeweiligen Seminarbezirken) besteht eine bis jetzt *nicht überwundene Kluft*: Die Frustrationen während der ersten Monate einer vollverantwortlichen

Klassenführung führen zu Aversionen gegenüber einem Studium, das auf eine solche Situation nicht oder zu wenig vorbereitet hat. Damit potenziert sich ein gestörtes Verhältnis zu den theoretischen Bemühungen der Universität.

5. Soweit die Dozenten überhaupt direkten Kontakt mit der Schulwirklichkeit hatten, neigen sie bei ihrer Lehrtätigkeit zu *Idealisierungen*, die nur noch Teile der komplexen Schulwirklichkeit erfassen.
6. Die historisch-kritische Analyse nach Klafki² ergibt eine Auffassung von Wissenschaft, die sich um die *Niederungen der stets unzulänglichen Praxis um der Reinheit ihres Ansatzes willen* nicht zu kümmern habe. Hierbei muß auch das Selbstverständnis der Universitäten in unserer Gesellschaft überprüft werden.
7. Durch die *historisch gewachsene Fächerung an den Fachbereichen* reproduziert sich ständig eine fixierte Schwerpunktbildung; neuere Ansätze zur Fächerüberwindung (Hessen: Gesellschaftslehre) werden zu wenig wirksam; ebenso werden neue theoretische Ansätze nicht durch entsprechende Lehrstühle sanktioniert (gebraucht werden an den Erziehungswissenschaftlichen Fachbereichen: Soziologie, Curriculumforschung, Sozialpädagogik).
8. Die *Fachdidaktiken* stehen in einem ständigen *Existenzkampf gegenüber ihren Fachwissenschaften*; obwohl vom Kultusministerium progressive Richtlinien für die Lehrstuhlbesetzung und die Schwerpunktbildung vorliegen, sind in den Vorschlägen zur Reform der bayerischen Lehrerbildung die Gleichgewichte nicht hergestellt.
9. Fachdidaktiken und Allgemeine Didaktik/Schulpädagogik sind einander zu wenig *zugeordnet*.
10. Außer in eigens ausgewiesenen empirischen Untersuchungen besteht der Kontakt zur Unterrichtspraxis *nur über die Praktika*. Die Ausbildungslehrer sind auf ihre Aufgabe weder hinreichend vorbereitet, noch besitzen sie die Möglichkeiten, sich ihr entsprechend zu widmen.
11. Die Diskrepanz, die seit dem Weltkrieg zwischen Erziehungswissenschaft und Unterrichtspraxis aus vielen der bis jetzt genannten Gründe (in Bayern) bestand, hat das bayerische Kultusministerium überwunden: es hat sich das INSTITUT FÜR SCHULPÄDAGOGIK in München geschaffen, das sich genau um die Nahtstelle zwischen Wissenschaft und Praxis zu kümmern hat, die auch für den Staat bedeutungsvoll ist: die Erstellung und Erprobung von *Lehrplänen*. Das ISP ist mit Beamten besetzt, die vom Ministerium ausgewählt werden. Es liefert Expertenvorlagen; die Mitarbeit von Wissenschaftlern erfolgt nach internen Abmachungen. Das ISP leistet Auftragsforschung im Sinne des Kultusministeriums, ohne daß ein kooperatives Modell für den Kontakt mit der Praxis eingeführt wurde.

Man muß also einige Zweifel haben, ob Theorie und Praxis in einen fruchtbaren Austausch eintreten. Zwar gibt es in theoretischen Modellen und in einigen Projekten bereits Ansätze einer solchen Erneuerung, in größerem Umfang läßt sie sich aber nur durch strukturelle Reformen erreichen, die auch in der neuen bayerischen Lehrerbildung ungenügend berücksichtigt sein werden.

1 Siehe: Mollenhauer, K.: Theorien zum Erziehungsprozeß; München 1972

2 Klafki, W. u.a.: Erziehungswissenschaft — Funkkolleg, Bd.3; Frankfurt 1972

Auf der niedersten Ebene gibt es bereits *Kontakte*, die der Kommunikation förderlich sind: Am Erziehungswissenschaftlichen Fachbereich der Universität Augsburg werden *Seminare in Zusammenarbeit mit Ausbildungslehrern* durchgeführt und die Ergebnisse im Unterricht überprüft (v.a.: Deutsch¹ – Geographie – Erst- und Sachunterricht – Arbeitslehre); am *Einführungspraktikum sind Lehrer und Seminarleiter mit offizieller Stundenermäßigung* als Tutoren beteiligt; langfristig ist an den Aufbau eines *Kontaktstudiums für Ausbildungslehrer* gedacht.

Diese positiven Ansätze dürfen nicht über die *organisatorischen und personellen Konsequenzen* hinwegtäuschen, die für die Ausweitung dieses Kontaktes notwendig sind. Umfangreichere curriculare Projekte sind nur in Teamarbeit zwischen Pädagogen, Schulpädagogen, Fachwissenschaftlern, Fachdidaktikern, Lehrern und Studenten durchzuführen; hierfür gibt es – gerade nach der ISP-Gründung fast keine finanziellen Hilfen. Solche Projekte, wie sie in den USA seit Jahrzehnten organisiert werden, sprengen den Rahmen vorhandener Kompetenzen; sie werden in Deutschland nur nach der Befürwortung durch die Kultusministerien realisierbar. Außerdem ist zu fragen, ob durch ihre punktuelle Erneuerung weitreichende Reformen eingeleitet werden können.

2. Grundlagen für eine Neubestimmung des Theorie-Praxis-Verhältnisses

2.1 Rede des Bayerischen Kultusministers

Der bayerische Kultusminister Hans Maier hat zum DIES ACADEMICUS der Philosophischen Fachbereiche der Universität Augsburg (26. April 1974) folgendes zur neuen Lehrerbildung in Bayern ausgeführt (Hervorhebungen durch den Verfasser):²

„... Über das Erziehungswissenschaftliche Studium, die Fachdidaktik und die *schulpraktischen Veranstaltungen* sollen die wissenschaftlichen Hochschulen veranlaßt und in die Lage versetzt werden, die zukünftigen Lehrer nicht nur wissenschaftlich zu bilden, sondern auch für ihren Beruf auszubilden ...

... Qualität, Erfolg und Schicksal der neuen Lehrerbildung werden ... wesentlich davon abhängen, wieweit sich die erziehungswissenschaftlichen und auch die fachdidaktischen Theorien *an der Arbeit der Praktikumschulen orientieren, wieweit sich Erziehungswissenschaft und Fachdidaktik um die dauernde Rückmeldung aus der täglichen Praxis aller Schulen bemühen*, wieviel ihm an dem lebendigen Menschenkind und nicht an einem abstrakten Menschenbild gelegen ist. Zweifellos wird die *Organisation der schulpädagogischen und fachdidaktischen Praktika* – eine schon in der alten Lehrerbildung überfällige Aufgabe – *große Probleme aufwerfen*, die Aufbauphase mit Pilot-Projekten und Teamwork-Modellen wird Zeit, Mittel und Geduld erfordern, die *Praktikumschulen der ersten Phase dürfen nicht überfordert und vor allem nicht allein gelassen werden*. Es wird alles darauf ankommen, ob sich aus der Zusammenarbeit zwischen dem Professor an der Hochschule, dem Praktikumsbetreuer an der Schule und den Lehramtsstudenten eine neue Pädagogik entfaltet – *eine praxisnahe Pädagogik des Aufbaus und der Kooperation* ...“.

¹ Siehe: Weber, A.: Ein Roman in der Hauptschule; München 1974
² Zitiert nach: Timmermann, J. (Hrsg.): Lehrerbildung in Bayern 1977; München 1974

2.2 Festlegungen der neuen Prüfungsordnung

1. Jeder Student soll verpflichtet werden, ein (zwölf-tägiges) Blockpraktikum Schulpädagogik abzuleisten.
2. Jeder Student soll zu je einem zwölf-tägigen Blockpraktikum in seinen beiden Fächern verpflichtet werden.
3. Jeder Student soll ein studienbegleitendes Praktikum abzuleisten.
4. Die Studenten mit dem Schwerpunkt Primarstufe sollen ein zusätzliches studienbegleitendes Praktikum abzuleisten.
5. Es wird eine Zwischen- und eine Hauptprüfung geben; die Lehrproben in der alten Form werden wahrscheinlich abgeschafft. Das Blockpraktikum Schulpädagogik gilt als Zulassungsvoraussetzung für die Zwischenprüfung.

Während beim schulpädagogischen Praktikum (a) die Beobachtung des Schülers (nach Lern- und Sozialverhalten), (b) der Unterrichtsstil und die erzieherische Wirksamkeit des Lehrers, (c) unterrichtliche und erzieherische Probleme im Vordergrund stehen, geht es beim fachdidaktischen Praktikum um (a) die Kenntnis des curricularen Lehrplans, (b) die Unterrichtsbeobachtung (nach den Gesichtspunkten Lernziele, Lernorganisation und Lernkontrolle), (c) die Analyse der Lernschwierigkeiten des Schülers (Lernvoraussetzungen), (d) die erzieherische Wirkung des entsprechenden Faches; im studienbegleitenden Praktikum stehen die Kenntnis fachspezifischer Arbeitsweisen und die Vorbereitung und Analyse von Unterrichtsvorhaben und Unterrichtsversuchen (Curricula) im Vordergrund.

2.3 Einordnung der Praktika in den Studiengang

Die Leiter der schulpraktischen Ausbildung an den bayerischen Universitäten und Hochschulen schlagen folgende Verteilung vor, wobei der Beginn des Wintersemesters (ersten Trimesters) so gelegt werden muß, daß in der vorlaufenden Zeit des Schuljahres zwei Blockpraktika-Phasen durchzogen werden können (sonst könnten die Praktikargruppen nicht in der vorgesehenen Größe – 3 oder 4 Studenten höchstens – gebildet werden).

1. Sem.	1. Trim.
	2. Trim.

2. Sem.	3. Trim.
---------	----------

Blockpraktikum Schulpädagogik

3. Sem.	4. Trim.
	5. Trim.

Blockpraktikum Fachdidaktik 1

4. Sem.	6. Trim.
---------	----------

Blockpraktikum Fachdidaktik 2

5. Sem.	7. Trim.
	8. Trim.

6. Sem.	9. Trim.
---------	----------

ein studienbegleitendes Praktikum Fachdidaktik bzw. zwei studienbegleitende Praktika Fachdidaktik (für Primarstufen-Lehrer

3. Chancen für einen Augsburger Reformansatz

3.1 Beteiligung an den gesamt-bayerischen Diskussionen

Verstärkter als bisher müssen sich die betroffenen Fachbereiche um die Kontakte zu den anderen Hochschulen und zum Kultusministerium kümmern. Dabei geht es vor allem um den Status der Ausbildungslehrer. Die Erfahrungen mit den sogenannten Hospitationsseminaren sind eindeutig: Curriculare Planungs- und Realisierungsarbeiten sind nur durchführbar, wenn der AB-Lehrer entsprechende äußere Bedingungen hat. *Hauptproblem dürfte dabei die Anrechnung seiner Hochschultätigkeit auf das Stundenmaß sein. Sein Status muß eindeutig umschrieben werden als Mitarbeiter der Universität (der vorgeschlagene Titel „Fachmentor“ scheint mir dies zu wenig auszudrücken).*

Bezeichnenderweise gibt es zu diesem brisantesten Punkt der Reform bis jetzt keine Festlegung von Seiten des Kultusministeriums. Wir wissen nicht, welcher Spielraum noch da ist. Es besteht der Verdacht, daß aus finanziellen Gründen eine *Minimallösung* zustandekommen wird.

3.2 Kooperative Veranstaltungen im Studiengang

Kernstück der Reform der Lehrerbildung sind für mich die vorbereitenden und begleitenden *Universitätsveranstaltungen zu den Block- und studienbegleitenden Praktikas*. Nachdem hier bereits Erfahrungen des Erziehungswissenschaftlichen Fachbereichs vorliegen, käme es jetzt darauf an, *die Philosophischen Fachbereiche in die Kooperation miteinzubeziehen*; dabei muß in jedem Einzelfall geklärt werden, wie *Fachwissenschaft und Fachdidaktik* zusammenarbeiten können.

3.3 Praktikumsbüro der Hochschulkommission

Nach den einschlägigen Gesetzen (BayLBG, BayHSchG, Eingliederungsgesetz) wird die sogenannte *Hochschulkommission* für die Betreuung der Praktika zuständig sein. Sie wird mit *fachbereichsübergreifenden Entscheidungsbefugnissen* ausgestattet sein (siehe EGG Art.3); es käme bereits jetzt darauf an, vorbereitende Gespräche zwischen den betroffenen Fachbereichen und mit der Universitätsleitung zu organisieren und rechtzeitig die dringendsten organisatorischen Probleme zu erörtern. Da in der neuen Lehrerbildung sogenannte *Praktikumsschulen* für die Ausbildung zuständig sein werden, müßte auch frühzeitig Kontakt zur *Regierung von Schwaben* aufgenommen werden.

3.4 Ausrichtung auf die Berufsbezogenheit des Studiums

Ohne die Freiheit von Forschung und Lehre gefährden zu wollen, sprechen alle jüngeren Äußerungen der für die Kulturpolitik Verantwortlichen von einer *engeren Bindung des Studiums an die Berufsaufgaben*. Aus anderen Bundesländern sind Versuche bekannt, bei denen der Kontakt zur Schulpraxis zu einem sehr wichtigen Kriterium für die Laufbahnqualifikation der

Wissenschaftler geworden ist. In einer Überprüfung ihrer Fragestellungen müssen die Wissenschaften die *Anwendung ihrer Erkenntnisse* als ein legitimes Anliegen in ihre Reflexion einbeziehen.

Will man neue Einseitigkeiten, Verdächtigungen und Konfrontationen vermeiden, muß man an ein kooperatives Modell des Austausches von Theorie und Praxis denken: Von der Festlegung der Studienziele können Teilziele abgeleitet werden, die von den Wissenschaften und ihren Didaktiken erreicht werden können. *Über die Praktika und die sie begleitenden Seminare findet die Rückkopplung statt, die in den weiteren Überlegungen und Revisionen beachtet werden kann.*

Dr. Kristian Kunert (EWFB)

* * * * *

HINFÜHRUNG VON ABITURIENTEN ZUR BERUFSWELT

Zusammenfassung eines Referats anlässlich der 36. Vollsitzung des Bayerischen Landesschulbeirats

1. These:

Die Zahl qualifizierter und hinreichend gut dotierter Stellen in Wirtschaft und Verwaltung ist beschränkt und nicht beliebig vermehrbar.

Ausführung: Die Bezahlung orientiert sich notwendig an den ausgeübten Funktionen. Diese Funktionen sind nicht machbar sondern vorgegeben. Die technische und wirtschaftliche Entwicklung hat zwar mehr qualifizierte Funktionen geschaffen, sie wird sich aber nicht auf allen Gebieten unbegrenzt fortsetzen bzw. ist teilweise wohl schon zum Stillstand gekommen. Jede qualifizierte Stelle ist gekennzeichnet durch eine bestimmte Bündelung von Funktionen. Es ist in manchen Bereichen wohl durchaus möglich, aus den traditionell mit Hochschulabsolventen besetzten Stellen Funktionen auszugliedern und sie Abiturienten ohne Hochschulausbildung zu übertragen. Den hierdurch geschaffenen Stellen für Abiturienten ohne Hochschulstudium steht aber dann eine Verminderung der Stellen für Hochschulabgänger gegenüber.

2. These:

Abiturienten ohne Hochschulstudium, die in das Berufsleben eintreten, stehen in Konkurrenz mit Hochschulabsolventen einerseits, Aufsteigern im Betrieb andererseits. Ein Hauptproblem ist deshalb, wie man Abiturienten ohne Hochschulstudium eine reale Einstiegschance sichern kann.

Ausführung: Qualifizierte Stellen, die wegen der fachtheoretischen Anforderungen ein Hochschulstudium zwingend erfordern, sind für Abiturienten ohne Hochschulstudium ohnedies nicht erreichbar. Dieser Gesichtspunkt hat vor allem Bedeutung im technischen Bereich. Es erscheint beispielsweise nicht wohl denkbar, daß der anspruchsvolle Aufgabenbereich eines Ingenieurs in seiner ganzen Breite ohne Hochschulstudium ausgefüllt werden kann. Die Zahl der für Nicht-Hochschulabsolventen verfügbaren Stellen wird um so kleiner, je größer das Angebot an Hochschulabsolventen wird. Bei einer Überproduktion an Hochschulabsolventen werden diese sogar in Stellen eindringen, die nicht notwendig eine solche Qualifikation voraussetzen. Diese „akademische Penetration“ in nichtakademische Funktionsbereiche wird nach den Feststellungen der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrats in ihren Empfehlungen zur Planung berufsqualifizierender Bildungsgänge im tertiären Bereich in Zukunft verstärkt auftreten.

Zu dieser Minderung der Einstiegschancen von „oben“ kommt ein verstärkter Druck durch Aufsteiger von „unten“. Sie haben gegenüber dem neu eintretenden Abiturienten Betriebs- und Branchenkenntnis und den persönlichen Kontakt mit dem Arbeitgeber voraus. Dies fällt um so mehr ins Gewicht, wenn sie zu einem mittleren Schulabschluß und einer Berufsausbildung auch noch auf eine solide fachliche Fortbildung an einer Fortbildungseinrichtung der Wirtschaft (z.B. Fachwirteausbildung) oder einer Fachschule oder einer Fachakademie verweisen können.

3. These:

Rein theoretische bzw. rein schulische Ausbildungsgänge sind nicht geeignet, Abiturienten echte Einstiegschancen in das Wirtschaftsleben zu vermitteln. Es kann sich nur um praxisorientierte Ausbildungsgänge handeln, in deren Gesamtablauf die betriebliche Seite mit starkem Gewicht eingeschaltet ist.

Ausführung: Eine rein theoretische Ausbildung entspricht nicht den Anforderungen der Wirtschaft, da hier noch besser ausgebildete Hochschulabsolventen meist in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Ein Bedarf besteht, wenn überhaupt, nur an Bewerbern, die anwendungsbezogenes Wissen und praktische Fertigkeiten mit einem gewissen theoretischen Standard vereinigen, wobei ggf. die persönlichkeitsprägende Wirkung einer gymnasialen Schulbildung noch von Bedeutung ist. Die Konkurrenz mit den Aufsteigern im Betrieb können Abiturienten nur bestehen, wenn sie das anwendungsbezogene Wissen und die praktischen Fertigkeiten möglichst kurzfristig erwerben, wozu sie freilich durch ihr Alter und ihre Schulbildung rascher in der Lage sein werden als ein fünfzehnjähriger Volksschulabgänger, der in ein Berufsausbildungsverhältnis eintritt. Eine befriedigende Lösung dieses Problems läßt sich nur durch eine Art „Sonderlehre“ für Abiturienten von 1 bis 1 1/2 jähriger Dauer finden, gleichgültig ob es sich hierbei um ein Berufsausbildungsverhältnis handelt oder nicht. Tatsächlich ist allen Modellen für die Einführung von Abiturienten in das Wirtschaftsleben einschließlich der Berufsakademie in Baden-Württemberg eine solche überwiegend betriebliche Grundausbildung gemeinsam. Diese Einführungszeit kann kürzer gehalten werden, wenn bereits in der Oberstufe des Gymnasiums größere Teile des benötigten fachtheoretischen Wissens vermittelt werden, was für die Einführung sog. Fachgymnasien spricht. Zu

der geschilderten Grundausbildung muß dann eine fachliche Qualifizierung treten. Dies kann entweder im Betrieb selbst mit zwischengeschalteten Lehrgängen, oder in Einrichtungen nach dem Muster der Baden-Württembergischen Berufsakademie, möglicherweise aber auch in Fachakademien im Sinne des bayerischen Schulrechts geschehen.

Bei einer Mischung von schulischen und betrieblichen Ausbildungsabschnitten wie bei der Baden-Württembergischen Berufsakademie ist fraglich, ob wirklich eine Ausbildung „aus einem Guß“ zustandekommt, welche die Verleihung eines staatlichen Abschlußzertifikats rechtfertigt. Andererseits ist gerade diese Verzahnung von Schule und Betrieb die Gewähr für eine reale Einstiegschance der Teilnehmer.

4. These:

Die Verdienst- und Aufstiegschancen dürfen nicht allzuweit hinter denen von Hochschulabsolventen zurückbleiben, da sonst eine echte Alternative zum Hochschulstudium nicht gegeben ist.

Ausführung: Die Bildungskommission des Deutschen Bildungsrats ist in der oben genannten Empfehlung zu dem Schluß gelangt, daß sich hinreichend attraktive Ausbildungsgänge für Abiturienten nur im Hochschulbereich ansiedeln lassen. Die Vorschläge sind deshalb auf eine Umgestaltung der Hochschulstudiengänge, insbesondere eine Verteilung auf unterschiedliche Lernorte, insbesondere auch den Betrieb, gerichtet. In den Gesprächen mit Vertretern der Wirtschaft, an denen ich teilnehmen konnte, ist diese Aussage in dieser allgemeinen Form nicht bestätigt worden. Es gibt durchaus eine größere Zahl von Stellen, die Abiturienten ohne Hochschulstudium zugänglich sind und Einkommenschancen eröffnen, die durchaus nicht in allen akademischen Berufen mit Sicherheit erreichbar sind. Die verhältnismäßig gegenüber dem Hochschulstudium wesentlich kürzeren Ausbildungsgänge - sie werden in der Regel 3 Jahre nicht überschreiten - dürften vor allem für Abiturienten mit weniger theoretischer Begabung bzw. Berufsnähe durchaus attraktiv sein, auch wenn ein einem Hochschulabschluß wirklich gleichwertiges Zeugnis mit Recht am Schluß einer solchen Ausbildung wohl nicht verliehen werden kann.

Zusammenfassung: Es erscheint durchaus sinnvoll, zusammen mit der Wirtschaft nach Wegen zu suchen, wie man Abiturienten ohne Hochschulstudium in das Wirtschaftsleben einschleusen kann und welche Art von zusätzlicher Ausbildung man ihnen angedeihen lassen muß. Vor allzu großem Optimismus hinsichtlich der Zahl der Abiturienten, die auf diese Weise untergebracht werden können, ist jedoch zu warnen. Alle Ausbildungsgänge bedürfen der sehr sorgfältigen Planung, um Fehlleitungen zu vermeiden.

Norbert Eckl

* * * * *

Anzeige

„Geisteswissenschaftliches Institut“ der Universität München sucht spätestens zum 15. Juli 1975 eine Instituts- und Lehrstuhlsekretärin.

Bewerbungen an den Dekan des Fachbereichs 10 der Universität München, 8 München 22, Geschwister-Scholl-Platz 1

* * * * *

DAS SOZIALE BILD DER STUDENTEN- SCHAFT IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

7. Sozialerhebung des Deutschen Studenten- werkes vorgelegt

Die Bundesregierung hatte am 16. Mai 1974 dem Deutschen Bundestag ihren Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Sicherung des Studiums zugeleitet. Sie hatte darin angekündigt, daß sie ergänzend die von ihr unterstützte 7. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes zuleiten werde. Das ist jetzt geschehen.

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Helmut Rohde, erklärte in seinem Anschreiben an das Parlament, die Untersuchungsergebnisse unterstrichen die Notwendigkeit für Bund und Länder, die wirtschaftliche und soziale Sicherung des Studiums weiterhin als eine wichtige öffentliche Aufgabe zu betrachten. Das sei sowohl im Interesse des einzelnen notwendig, dessen Recht auf Bildung nicht durch wirtschaftliche Behinderungen geschmälert werden dürfe, als auch im Interesse der Gesellschaft, die auf hochqualifizierte Arbeitskräfte angewiesen sei.

Der Bericht über „Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland“ beruht auf einer Repräsentativbefragung, die im Sommersemester 1973 durchgeführt wurde. Während sich die früheren Erhebungen auf Universitäten und Technische Hochschulen beschränkten, sind jetzt auch die Fachhochschulen einbezogen.

Der Bericht kommt u.a. zu folgenden Ergebnissen:

1. Die Bemühungen, den Zugang zum Hochschulstudium zu verbreitern, hatten Erfolg.
2. Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) hat für Studenten aus einkommensschwächeren Schichten die wirtschaftliche Basis für ein Studium verbessert.
3. Vor allem durch die in den letzten Jahren stark gestiegenen Studentenzahlen haben sich die Wohnungsprobleme der Studenten verschärft.
4. Der Anteil verheirateter Studenten ist in den letzten Jahren weiter gestiegen, allerdings hat der Ehepartner der Studenten in zwei von drei Fällen bereits seine Ausbildung abgeschlossen.
5. Die Zulassungsbeschränkungen in einzelnen Fächern nötigen eine große Zahl von Studenten, auf ein anderes Fach als das ihrer Neigung auszuweichen.

Zur Untersuchung

Die siebente Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes vom Sommersemester 1973 umfaßte drei Bereiche.

Sie untersuchte:

- a) Die wirtschaftliche und soziale Lage der deutschen Studenten an Universitäten und Technischen Hochschulen
- b) Die Lebenshaltungskosten eines alleinstehenden Studenten
- c) Die wirtschaftliche und soziale Lage der deutschen Studenten an Fachhochschulen

Die Erhebung war als Sample angelegt. Studenten an 19 Universitäten und Technischen Hochschulen sowie an 11 Fachhochschulen wurden befragt. Die Antwortquote lag bei 75 %. Rund 24 000 Fragebogen wurden ausgewertet. Die Ergebnisse können – gemessen an Strukturdaten der Gesamtheit und an Detailerhebungen einzelner Hochschulen – als repräsentativ gelten. Für Studenten an Fachhochschulen gilt diese Aussage eingeschränkt, da es hier noch an Grundzahlen für die Gesamtheit mangelte.

Allgemeine Daten

Die Zahl der deutschen Studenten an Universitäten und Technischen Hochschulen hat sich in den letzten zwanzig Jahren nahezu verfünffacht. Bis in die Mitte der sechziger Jahre wuchs dabei sowohl die Zahl der Studienanfänger als auch der Anteil der Studenten in höheren Semestern. Die Ausdehnung der Studiendauer ist in den letzten Jahren fast zum Stillstand gekommen. – Zugenommen haben Zahl und Anteil der Studenten, die ihre Berechtigung zum Studium auf Universitäten und Technischen Hochschulen nicht auf einem Gymnasium erworben haben (1973: 12,5 %). Jeder zehnte Student hat bereits ein Studium mit Erfolg abgeschlossen und steht in der Promotion, im Zweit- oder Ergänzungsstudium. Jeder vierte Student hat sein Studiengebiet oder sein Hauptstudienfach gewechselt.

Das Elternhaus

Seit 1963 ist der Anteil der Kinder von Beamten – besonders der Beamten mit Hochschulbildung – und Selbständigen unter den Studenten an Universitäten/Technischen Hochschulen von 61 % auf 52 % gesunken. Gewachsen ist der Anteil der Kinder von Arbeitern von 6 auf 12 % und der von Angestellten – besonders jener ohne Hochschulausbildung – von 30 % auf 34 %. D.H. die Quote der Studenten aus einkommensschwächeren Schichten hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen.

Der Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes vom Sommer 1972 ergab, daß in Beamtenfamilien für fast die Hälfte der Kinder Fachhoch-/Hochschulreife angestrebt wird, in Arbeiterfamilien liegt diese Quote bei 7 bis 9 %. Die

Barrieren gegen die angestrebte Chancengleichheit im tertiären Bildungsbereich liegen weit vor der Volljährigkeit der Kinder. Der Ausbildungsförderung im Sekundarbereich kommt hier besondere Bedeutung zu.

Ein wesentliches Gewicht für die Ausbildung der Kinder hat der Schulabschluß der Eltern. Während unter der Gesamtbevölkerung der Anteil der Männer mit Abitur bzw. Hochschulabschluß bei 6 % lag, war die Quote dieser Väter bei Studenten an Universitäten sechsmal so hoch. Unter den Vätern der Studenten hatten nur halb so viele einen Volksschulabschluß wie bei den Männern in der Gesamtbevölkerung. Die neueren Untersuchungen des Statistischen Bundesamtes lassen nach wie vor eine deutliche Abhängigkeit zwischen den Ausbildungsabsichten der Eltern für ihre Kinder und ihrer eigenen Schulausbildung erkennen.

Kinder von Arbeitern

1951 hatten 4,1 % von 110 000 Studenten an Universitäten und Technischen Hochschulen einen Arbeiter zum Vater, 1973 waren es 11,4 % von rund 440 000 Studenten. Der Anteil hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten etwa verdreifacht, die absolute Zahl verzehnfacht. Wenn Kinder von Arbeitern dennoch an den Universitäten unterrepräsentiert sind, hängt das weitgehend von den Barrieren ab, die sie auf ihrem Bildungsweg zu überwinden haben. 1972 waren mehr als die Hälfte aller Schüler an Grund- und Hauptschulen Kinder von Arbeitern, an Gymnasien dagegen nur 17 %. — Der Zweite Bildungsweg stellt kein Regulativ in dieser Benachteiligung dar. Zwar hatten 10 % der Studenten an Universitäten und Technischen Hochschulen den zweiten Bildungsweg durchlaufen, aber nur jeder sechste von ihnen war das Kind eines Arbeiters.

68 % aller Kinder von Arbeitern werden nach dem BAföG gefördert. Der Anteil der Studenten, die Werkarbeit leisten, liegt unter Arbeiterkindern an Universitäten nicht höher als bei der Gesamtheit.

Studentinnen

Im Sommersemester 1973 betrug der Anteil der Frauen an den Studenten auf den wissenschaftlichen Hochschulen nur 28 %. Die Hälfte von ihnen will Lehrer werden. In den mathematisch-naturwissenschaftlichen und technischen Fächern liegt der Frauenanteil trotz erheblicher Steigerungsquoten in den letzten Jahren noch weit unter dem Durchschnitt — Studierende Frauen kommen relativ häufiger als Männer aus einem wirtschaftlich besser gestellten Elternhaus. 35 % werden nach dem BAföG gefördert (ml 41 %). Jede dritte finanziert ihr Studium durch eigene Arbeit mit.

Fast jede zehnte studierende Frau ist mindestens 28 Jahre alt, zumeist handelt es sich dabei um ein Spätstudium, das über den zweiten Bildungsweg oder nach langer Berufstätigkeit und/oder Ehe erreicht bzw. aufgenommen wurde.

Die wirtschaftliche Lage

Bei der Finanzierung des Studiums der Studenten an Universitäten und Technischen Hochschulen sind im Vergleich zu 1963 und 1967 die öffentlichen Mittel erheblich stärker vertreten. 40 % dieser Studenten gaben an, daß sie ihre Ausbildung mit Hilfe öffentlicher Mittel finanzierten (18 % nannten diese Quelle als einzige bei der vorwiegen-

den Finanzierung). — Das Elternhaus ist dagegen entschieden geringer beteiligt als früher. Weniger als 30 % der Studenten (1967: 46 %) gaben an, daß ihre Eltern die Studien- bzw. Lebenshaltungskosten zu wenigstens 80 % aufbrächten. Hier wird die Zunahme der Studenten aus wirtschaftlich schlechter gestellten Schichten sichtbar, andererseits auch die gestiegene Wirksamkeit der öffentlichen Förderung. — Die Finanzierung aus dem Verdienst durch Werkarbeit ist gegenüber 1967 erheblich gewachsen, und zwar um mehr als 50 %. Ursache sind die hinter den steigenden Lebenshaltungskosten zurückgebliebenen Stipendien, wobei der steigende Lebensstandard der Gesamtbevölkerung und der Studenten mit berücksichtigt werden müssen. — Etwa jeder achte Student gab als Finanzierungsquelle die Zuschüsse Dritter an, zumeist handelt es sich dabei um Eheleute.

Insgesamt sind weniger Studenten als 1967 in der Lage, ihr Studium vorwiegend aus einer Geldquelle zu finanzieren, wohl infolge steigender Kosten nahm die Mischfinanzierung zu.

Rund 2/3 aller Studenten an Universitäten und Technischen Hochschulen erhalten von ihren Eltern einen monatlichen Zuschuß in Bargeld, die Hälfte davon allerdings nur bis zu 200 DM im Monat. Nur knapp 6 % können mit mehr als 500 DM im Monat rechnen. Nur wenige Studenten, die nicht daheim leben, sind in der Lage, ihre gesamten Studien- und Lebenshaltungskosten von dem Geld der Eltern zu bestreiten. — Insgesamt gesehen hielt der Zuwachs der Zuschüsse aus dem Elternhaus mit den steigenden Studienkosten nicht Schritt. — Etwa jeder dritte Student erhält von daheim kein Bargeld (1967 jeder vierte). Ein Teil von ihnen (33 %) ist verheiratet, jeder zehnte wohnt kostenlos daheim. — Die öffentliche Hilfe gleicht die mangelnde Finanzkraft des Elternhauses besser aus als 1967, dennoch wächst mit abnehmendem Zuschuß der Eltern die Werkarbeit erheblich an.

Für 28 % der Studenten an Universitäten und Technischen Hochschulen war der Verdienst aus Werkarbeit eine wesentliche Quelle der Studienfinanzierung (vorwiegende Finanzierung, bis 80 %). 61 % arbeiteten überhaupt neben dem Studium, das ist die höchste Quote seit Beginn der allgemeinen Studienförderung im Jahre 1957. — Männer arbeiten häufiger neben dem Studium als Frauen. Am stärksten ist der Nebenverdienst bei verheirateten Männern mit Kindern. Der Schwerpunkt der Werkarbeit liegt in den Semesterferien. 40 % der Studenten arbeiten in dieser Zeit laufend oder häufig. In der Regel ganztags. Während der Vorlesungszeit gehen dagegen nur 20 % laufend oder häufig einem Verdienst, zumeist gelegentlich oder halbtags nach. — Dabei überwiegt anders als vor 10 Jahren die studienfremde Werkarbeit. Das BAföG hat erreicht, daß Studenten aus einkommensschwächeren Schichten nicht mehr Werkarbeit leisten müssen als der Durchschnitt aller Studenten.

Die Motive für die Werkarbeit müssen differenziert gesehen werden. Neben der wirtschaftlichen Notwendigkeit scheint das Motiv eine Rolle zu spielen, an der allgemeinen Entwicklung des Lebensstandards beteiligt zu sein. Unabhängig von den Gründen im Einzelfall hat der Umfang der Erwerbstätigkeit ein gefährliches und für die wissenschaftliche Ausbildung schädliches Ausmaß erreicht.

Das Wohnen

Die Überfüllung der Hochschulstädte zwingt viele Studenten, sich andernorts eine Wohnung/Zimmer zu suchen. Je-

der vierte Student aus Universitäten und Technischen Hochschulen wohnt außerhalb des Hochschulortes (1963 jeder fünfte).

Entscheiden abgenommen hat auch der Anteil der Studenten, die ein Zimmer bei Privatleuten gemietet haben, und zwar von 40 % 1967 auf 24 % 1973. Auch bei den Eltern wohnt nur noch ein Viertel der Studenten (1967 31 %). Der Wohnneubau hielt mit der wachsenden Studentenzahl nicht Schritt. — Es darf als Zeichen größerer Eigenständigkeit und Selbstbestimmung der heutigen Studentengeneration gewertet werden, wenn rund 40 % in eigener Wohnung (25 %) oder in selbstgewählten Wohngemeinschaften (14 %) leben. Die hohe Quote der Verheirateten spielt hier ebenfalls eine Rolle.

Die verheirateten Studenten

Die Quote der Eheleute unter den Studenten an Universitäten und Technischen Hochschulen ist seit 1963 erheblich angestiegen, bei den Männern von 8 % auf 21 %, bei den Frauen von 4 % auf 16 %. Daran sind alle Altersstufen, wenn auch in verschiedenem Ausmaß, beteiligt. — Der Grund für dieses veränderte Verhalten dürfte in dem Abbau des Vorurteils zu suchen sein, die Heirat setze eine abgeschlossene Ausbildung und entsprechenden Verdienst voraus, sowie in dem Willen der Studenten, sich an den Lebensmöglichkeiten gleichaltriger Erwachsener zu orientieren.

Die Quote der Verheirateten wächst mit dem Lebensalter. Unter den 30jährigen und Älteren liegt sie bei 55 %, unter den 22- bis 23jährigen bei 10 % (ml 7 %, wb 15 %). Frauen heiraten früher als Männer. — Jede vierte Ehe ist noch nicht ein Jahr, weitere 50 % ein bis drei Jahre alt. Fast zwei Drittel aller Verheirateten hatten ihre Ehe während des jetzigen Studiums geschlossen.

Verheiratete sind seltener über den traditionellen Bildungsweg des Gymnasialabschlusses zur Hochschule gelangt. Jeder vierte hat die Hochschulreife über die Fachhochschule, ein Abendgymnasium, Kolleg u.a. Bildungseinrichtungen erworben, Männer häufiger als Frauen. Verheiratete haben häufiger vor Studienbeginn eine Lehre abgeschlossen oder waren länger berufstätig (27 %). — Unter den Studenten, die bereits ein Hochschulstudium abgeschlossen haben (15 %) — Fachhochschule, Staatsexamen, Diplom, Magister) befinden sich 40 % Verheiratete (ein Drittel aller studierenden Eheleute).

Die Heirat beeinflusst den Studienablauf nur geringfügig. Die Geburt eines Kindes führt hingegen bei 40 % der Mütter und bei jedem dritten Vater zu Studienverlängerung, -unterbrechung oder gar zum Studienabbruch.

Die Quote der Studentenehen hat seit 1971 erheblich zugenommen, übersteigt jedoch nicht ein Viertel aller Ehen, die studierende Männer oder Frauen eingegangen sind.

Der Anteil der verheirateten Studenten mit Kindern ist seit 1967 von 50 % auf 33 % entschieden gesunken. Die Hälfte der Kinder ist höchstens zwei Jahre alt, nur jedes fünfte hat das Schulalter erreicht. Fast immer leben die Kinder bei ihren Eltern, doch sind die Schwierigkeiten, die Kinder neben dem Studium zu versorgen, erheblich. Über 60 % würden ihr Kind in eine Kinderkrippe oder einen Kindergarten geben, wenn das möglich wäre.

Bei der Finanzierung des Studiums von Verheirateten treten die Eltern weit zurück, nur jeder vierte Student hat bei der vorwiegenden Finanzierung seine Eltern überhaupt aufgeführt, am häufigsten noch, wenn der Ehepartner ebenfalls studiert. Der Verdienst des Ehepartners bildet allerdings nur für 40 % der Verheirateten die wirtschaftliche Basis, vornehmlich dort, wo er voll erwerbstätig ist. Besonders schwierig ist die finanzielle Situation für studierende Männer, deren Ehefrau zumeist wegen eines Kindes nicht oder nur teilweise im Beruf steht (21 % aller Verheirateten). Über 40 % dieser Männer sind auf den Verdienst aus Werkarbeit angewiesen, fast immer arbeiten sie laufend neben dem Studium. — Die Hilfe aus öffentlichen Mitteln ist bei Verheirateten weniger ausgeprägt, da das BAföG bei ihnen die doppelte Unterhaltspflicht der Eltern und des Ehepartners unterstellt.

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

Unter den Geförderten sind Studenten, deren Väter ebenfalls ein Studium abgeschlossen haben, weniger vertreten, als in der Gesamtheit. Die Hilfe des BAföG konzentriert sich auf die einkommensschwächeren Berufsgruppen. 68 % der studierenden Arbeiterkinder, 61 % der studierenden Kinder von Landwirten, 50 % der von Beamten und 46 % der von Angestellten ohne Hochschulabschluß erhalten Stipendien nach dem BAföG. — Auch Kinder von Rentnern und Pensionären sowie Halbweisen finden sich häufiger unter den Geförderten. — Der gesellschafts- und bildungspolitische Effekt des BAföG drückt sich darin aus, daß 56 % der Väter von Geförderten den Volksschulabschluß besitzen und nur 19 % ein Hochschulstudium absolvierten (Nichtgeförderte: 27 % und 48 %).

Die Studenten an Fachhochschulen

Gegenüber den Universitäten/Technischen Hochschulen ist an den Fachhochschulen der Anteil der Studenten, deren Eltern einen Volksschulabschluß haben weit höher, der Eltern mit Hochschulreife erheblich niedriger. Jeder vierte Student hat einen Arbeiter zum Vater. Die Fachhochschulen tragen verstärkt zur sozialen Chancengleichheit beim Zugang zum Hochschulbereich bei.

Die wirtschaftliche Lage der Fachhochschulstudenten zeichnet sich durch wesentlich geringere Zuschüsse vom Elternhaus bei verstärkter öffentlicher Hilfe aus. Fast zwei Drittel aller Fachhochschulstudenten werden nach dem BAföG gefördert. Wie an Universitäten/Technischen Hochschulen finanziert jeder vierte Student seine Ausbildung durch den Verdienst aus Werkarbeit mit.

Der Numerus clausus

Jeder achte Student an Universitäten/Technischen Hochschulen war vom Numerus clausus betroffen. Der Anteil wächst mit abnehmender Semesterzahl. — Von diesen war etwa jeder Dritte noch nicht im gewünschten Hauptstudienfach immatrikuliert. — Die meisten von ihnen beabsichtigen noch einen Fachwechsel. Ein Drittel hat sein Studienfach bereits gewechselt, in der Regel bis zum dritten Studiensemester. — Auf die Gesamtheit umgerechnet ergibt sich, daß rund 30 000 Studienplätze etwa ein Jahr lang von Numerus clausus-Studenten belegt waren, die in dem jeweiligen Fach gar nicht zu bleiben beabsichtigten.

Studenten aus dem zweiten Bildungsweg

Jeder zehnte Student hatte die Universität/Technische Hochschule über den zweiten Bildungsweg erreicht (d.h. sie hatten vor Erwerb der Hochschulreife eine Berufsaus-

bildung abgeschlossen oder waren länger als zwei Jahre berufstätig gewesen und kamen nicht als graduierte Fachhochschüler zur Universität). Es gibt unter ihnen mehr Männer als Frauen (4 : 1, Gesamtheit 3 : 1), was daran liegen mag, daß Frauen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung eher für „versorgt“ gelten als Männer. Ein Viertel der Studenten aus dem 2. Bildungsweg ist mindestens 30 Jahre alt, hat also vor Studienbeginn mehrere Jahre im Beruf gestanden. Sie wohnen kaum mehr bei den Eltern. Jeder Dritte ist verheiratet. In dieser Gruppe ist die Trennung vom Elternhause zumeist längst vollzogen. Fast die Hälfte wird nach dem BAföG gefördert, das nach längerer Berufstätigkeit seine Hilfe elternunabhängig gewährt.

Aus: Informationen - Bildungswissenschaft

* * * * *

SCHULE IM SOZIALPÄDAGOGISCHEN FELD

Der Hochschulring (HSR) – mit 204 Mitgliedern eine der größten studentischen Gemeinschaften in Augsburg – veranstaltete zwischen dem Winter- und Sommersemester eine Studienwoche im Jugendhaus „Elias“ in Seefeld (übrigens die 16. in dieser Reihe).

Heuer ging es um den sozialpädagogischen Auftrag der Schule, der – bedingt durch gesellschaftliche Entwicklungen – immer mehr an Bedeutung gewinnt. Die folgenden Kurzprotokolle der Referate vermitteln zugleich einen Einblick in die Diskussion um die Reform der Schule am EWFB der Universität Augsburg.

Die Auseinandersetzung um theoretische Konzepte der Sozialisation

(Prof. Dr. J. Hampel)

1. Problemstellung

Sozialisation kann abgekürzt als das Erlernen der Normen und Verhaltensweisen einer Gesellschaft bezeichnet werden. Eine wichtige Rolle in diesem Sozialisationsprozeß spielt die Schule, für die durch die steigenden Forderungen nach organisiertem Lernen die politische Verantwortung wächst (staatliche Unterstützung der Vorschule, Erwachsenenbildung, . . .)

Heute stellt sich für alle Erziehungsinstitutionen das Zentralproblem, ob sich der Mensch im Leben überhaupt an irgendetwas binden kann, da er selbst entscheiden muß, ob er die Normen der Gesellschaft, in der er lebt, akzeptieren oder ob er sie ablehnen will.

2. Zum Begriff der politischen Sozialisation

Rollenerlernen und Rollenidentifikation bestimmen die Beziehungen und das Verhalten zwischen Menschen (Rollen spiel: z. B. in der Familie als Kind, Schwester . . .) ohne daß dabei die Selbstidentifikation verlorengehen darf. Medium jeder Sozialisation, auch der politischen, ist die sprachliche Kommunikation, verbunden mit dem Rollenspiel.

Aufgabe der Schule ist u.a. die Klärung des Rollenverhaltens und die Einübung des Sprachgebrauchs.

Die Fragen, warum ein Mensch so ist wie er ist und warum er sich zu anderen so verhält etc., muß beim heutigen Stand der Sozialisationsforschung auch mit der Bedeu-

tung früher Bindungen des Kindes (z.B. an die Mutter) beantwortet werden.

Da sich fast in jeder Schulklasse sozial und psychisch gestörte Kinder befinden, sollte jeder Lehrer heilpädagogisch informiert und orientiert sein, um sich gezielt „Problemfällen“ (einzelnen oder Gruppen) zuwenden zu können.

Da der Mensch von Geburt an auf den Mitmenschen (Umwelt) angewiesen ist, kann Sozialisation als lebenslänglicher Lernprozeß verstanden werden. Durch Beratung und Innovation sollte Unabhängigkeit, Originalität und Kreativität des Kindes gefördert werden.

3. Die Schule als „sekundäre“ Instanz politischer Sozialisation

Die Mutter – Kind – Beziehung bildet die Grundlage jeglicher Sozialisation. Vernachlässigung während dieses Lebensabschnittes kann kaum wieder gut gemacht werden. Verhaltensweisen wie Kooperation und Kompromiß, Widerstehen und Neinsagen werden in der Familie entwickelt. Hinsichtlich der politischen Sozialisation ist dann beim Eintritt in den Kindergarten und in die Schule bereits Entscheidendes geleistet.

Durch den Sozialisationsprozeß wird der Mensch unterschiedlich befähigt, gewisse Aufgaben im sozialen Beziehungsfeld zu übernehmen. Je komplizierter eine Gesellschaft gestaltet ist, desto mehr kognitive und affektive Verhaltenselemente muß die Schule durch Information und Training hervorbringen. Die Schule kann aber keine umfassende Sozialisation bieten, weil daneben zahlreiche Einflüsse mit anderen Werten und Verhaltensweisen geschehen. Diese müssen in der Schule geklärt und – falls möglich – bildungsträchtig gemacht werden.

Außerdem trägt die Schule eine gesellschaftliche Reglerfunktion beim gesellschaftlichen Wandel und bei der demokratischen Erneuerung. Der Pluralismus der Lehrerhaltungen im schulischen Sozialisationsprozeß soll den Einfluß der Schule auf die Gesellschaft abgrenzen. Dabei muß der freiheitliche Rechtsstaat auf der Achtung der Verfassungsnormen bestehen.

Das Selbstverständnis der gegenwärtigen Schule: Defizite und neue Perspektiven

(Prof. Dr. A. Riedl)

1. Die sozialpädagogische Dimension des Schulwesens

Unser Schulwesen erfüllt vorwiegend drei gesellschaftliche Funktionen:

Eine Qualifikationsfunktion; d. h. die Schule vermittelt Kenntnisse und Fertigkeiten, die für das Leben in der Gesellschaft notwendig sind;

Eine Selektions- bzw. Allokationsfunktion: Die Schule kanalisiert durch Prüfungen und erteilt Berechtigungen in höhere bzw. niedrigere berufliche Positionen;

Eine Integrationsfunktion, d.h. die Schule vermittelt Werte, die der Sicherung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung dienen.

Entsprechend dieser drei Funktionen erfolgt die Lehrerausbildung. Gegen die Reduzierung des Schulwesens auf allein diese drei Funktionen spricht, daß der Funktionsverlust in der Familie durch die Schule ausgeglichen werden soll. Weiterhin, daß Belastungen und Konflikte der

Schüler ohne zusätzliche pädagogische Hilfe oft nicht bewältigt werden können. Schultheoretiker sträuben sich, Schule als sozialpädagogisches Feld zu betrachten, da nämlich Sozialpädagogik sich nach „amtlicher“ Definition nicht auf die Schule bezieht, sondern eingreift, wenn ein Einzelner oder eine Gruppe nicht mehr in der Lage ist, mit den Schwierigkeiten allein fertig zu werden. Außerdem ist das Bildungswesen traditionell scharf in die Bereiche Schulpädagogik und Sozialpädagogik getrennt. Die Lehrer sind fachdidaktisch und fachwissenschaftlich orientiert und die Öffentlichkeit verlangt von der Schule Ausbildung, Förderung kognitiver und motorischer Fähigkeiten. Die Folgen davon sind zahlreiche Konflikte.

2. Sich anzeigende Besserungen

Der Gegenstandshorizont der Erziehungswissenschaft ist weiter geworden; ihr Gegenstand ist heute das „pädagogische Feld“, zu dessen Bedingungsfaktoren nicht allein der Lehrer, sondern auch Schulverwaltung, gesellschaftliche Interessen und Öffentlichkeit gehören. Studenten zeigen sich sozialpolitischen und sozialpädagogischen Fragen gegenüber aufgeschlossen.

Die alleinige Leistungsschule wirkt ohne es zu wissen und zu wollen an kindlichen Fehlentwicklungen mit, die in vielen Fällen zu Verhaltensstörungen und Dissozialität führen können. Daraus ergeben sich folgende Fragestellungen:

a) Die Schulsituation des Jugendlichen

An die Schüler werden von seiten der Lehrer und Eltern überhöhte Leistungserwartungen herangetragen. Diese Leistungsanforderung wird von der „wissenschaftlichen Schule“ realisiert. Motivations- und sozialpsychische Voraussetzungen des Lernens werden weiterhin vernachlässigt. Der Mitschüler erscheint als Gefahr für den eigenen Erfolg und damit als Konkurrent und nicht mehr als Partner. Durch großes Angebot an Kursen erfolgt eine ständige Umgruppierung und damit fehlt dem einzelnen Schüler der Bezug zur Klassengemeinschaft. Außerdem verhindert das Fachlehrersystem die Beziehung zu einer Lehrperson. An Verunsicherung und emotionale bzw. soziale Desorientierung schließen sich Symptome emotionaler und sozialer Destruktion an:

- Angst und Verweigerung
- Regression und Aggressivität
- Isolation und Rückzug aus der Gruppe
- psychomotorische Störungen

Wenn man die Probleme des Jugendlichen näher betrachtet, erweisen sich sozialpädagogische Maßnahmen als unumgänglich, da er diese Probleme allein nicht lösen kann.

b) Aufgaben und Formen schulischer Sozialerziehung

Unter Sozialerziehung versteht man die Erziehung zum sozialen Verhalten bzw. zum sozialen Handeln.

Soziales Lernen geschieht in einer Wechselwirkung zwischen Kind und Umwelt. Sozialerziehung zeigt sich zu allererst als ‚soziale Elementarerziehung‘: als ‚Ausbildung der elementaren, kulturellen und sozialen Fähigkeiten, Verhaltens- und Denkweisen‘. Als Lernziele der sozialen Elementarerziehung können genannt werden:

- soziale Motivation und Einsichten, Angstfreiheit
- soziale Kommunikation
- Kontakt- und Kooperationsfähigkeit
- Kritik- und Konfliktbewußtsein
- Selbstkontrolle

Das Interaktionsverhalten wird durch das soziale Lernen unter dem gruppenspezifischen oder sozialpsychologischen Aspekt gefördert.

Sozialerziehung als kompensatorische Erziehung ist Sozialpädagogik im engeren Sinne. Forderung nach Chancengleichheit! (Integration von Außenseitern z.B. Gastarbeiterkindern) Soziales Lernen als emanzipative und politische Funktion bedeutet, daß es hier um Aufklärung über die psychosozialen Voraussetzungen politischen Handelns geht. Sprache dient als Medium für soziales Verhalten und soziale Reflexion. Ziel des Unterrichts ist die Förderung kommunikativer Sozialkompetenz.

Schule und Sozialarbeit: Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation

(Dr. Kristian Kunert)

Die Struktur der Schule besteht darin, daß die Schule Qualifikationen vermitteln und selektieren soll. Innerhalb der Schule sollen Sondergruppen, wie z. B. Legastheniker-kurse gebildet werden.

Beziehung von Schule und Sozialarbeit:

Schule	Sozialarbeit
a) Aufsicht durch Staat	Aufsicht durch Kommune
b) Schule ist eine Sozialeinrichtung, die sich mit bestimmten Qualifikationen befaßt.	Wandel im Berufsbild früher: verantwortlich für ca. 8000 - 12 000 Menschen (ein Sozialarbeiter)
Förderungen intellektueller Fähigkeiten.	jetzt: Teamarbeit Spezialisierung
c) kognitive Lernziele	Zielkonflikte
Leistungen der Schüler werden nach Normen bewertet	Hauptvorstellung: Stützung der Sozialisation.

Die soziale Verantwortung des Lehrers besteht u.a. in der Aufgabe einseitiger Leistungsorientierung. Eine Kooperation von Schule und Sozialarbeit wäre möglich, wenn für je fünf Schülereine Sozialarbeiter angestellt werden könnte. Der Lehrer müßte als Gruppenleiter fungieren, der gruppenspezifische Vorgänge notiert und Schüler zur Einzelfallhilfe schickt. Der Sozialarbeiter würde Lehrergruppen betreuen und Schülergruppen mit bestimmten Problemen übernehmen.

Aufgabe des Lehrers wäre eine bessere Diagnose des Schülers und Kontakt mit dem Sozialarbeiter. Der EWFB sollte durch Trainingsseminare und Sozialpraktikum zu dieser Kooperation hinführen.

Die soziale Situation der Obdachlosenfamilie: Auswirkungen für das Kind

Die Symptome der Obdachlosigkeit sind vor allem: Behinderung der persönlichen Entfaltung, Platzmangel und finanzielle Notlage. Das Sozialverhalten Obdachloser weist große Labilität im Erziehungsbereich auf; es zeigt Streit und Abgrenzung gegenüber anderen Gruppen und untereinander. Psychische Defekte und Persönlichkeitsformierungen entwickeln sich aus Minderwertigkeitsgefühlen und mangelndem Selbstvertrauen.

Die Stadt betreut die Obdachlosen; Unterkünfte sind auf das ganze Stadtgebiet verteilt und die Einteilung der Wohnungen erfolgt nach dem „5 – Stufen – Modell“. Die Bewohner sind nicht Mieter mit dem ihm zustehenden Mietrecht, sondern die Stadt ist Eigentümer der Wohnung. Für 8000 – 12 000 Einwohner ist eine Sozialarbeiterin zuständig; es ist also keine gezielte Randgruppenbetreuung gegeben.

Einen Teil der Schuld an diesen Verhältnissen trägt der tief wurzelnde Leistungsgedanke. Vielen Menschen wird erst jetzt wieder bewußt, daß geringeres Verdienst und Arbeitslosigkeit nicht unbedingt Zeichen von Faulheit ist.

Theorien für gesellschaftliches Verhalten gehen von gesellschaftlichen Normen aus, die allgemein anerkannt werden.

Während jeder einmal abweichendes Verhalten zeigt, wird die kleinere Gruppe der „Normabweicher“ einem Sanktionsmechanismus ausgesetzt. Diese gesellschaftlichen Mechanismen, die von allen akzeptiert werden, haben Demonstrationscharakter und weisen noch besonders auf die Rolle des Abweichers hin. Diese Mechanismen ziehen im sozialen Bereich einen Potenzierungseffekt nach sich; d.h. durch das Verhalten der Sanktionsinstanzen (Schule, Stadt, Polizei usw.), sowie der Umwelt und Öffentlichkeit steigern sich die Abweichungen von den allgemein gültigen sozialen Normen.

Die Potenzierung führt zu Ghettoisierung (soziale Isolierung) und zu Stigmatisierung (Verallgemeinerung von Kennzeichnungen, die nur einen Teil des Verhaltens erfassen). Eine Folge davon ist die Schrumpfung der Außenkontakte.

Da das „5 – Stufen – Modell“ keine Erfolge erzielt, wäre die erste und dringlichste Forderung für eine „Resozialisierung“ die Auflösung der Ghettos. Obdachlosigkeit ist ein gesellschaftliches Problem, das nur in Zusammenarbeit mit den Obdachlosen gelöst werden kann. Ein pädagogisches Ziel ist die Förderung der grundlegenden Fertigkeiten durch Einzel- und Gruppenarbeit. Eltern und Kinder sollen dabei die Initiative immer stärker selbst übernehmen und so zu Eigenverantwortung und Engagement geführt werden.

Verschulung und Entschulung der Gesellschaft (Dr. Wolfgang Einsiedler)

Zur Funktion der Schule in der Gesellschaft gehört zuerst ein ökonomischer Aspekt (Ausbildung für den Beruf), ein politischer Aspekt (Bildung soll Gleichheit herstellen) und ein individueller Aspekt (jeder hat das Recht auf Bildung). Die Schule erhielt durch ihre Leistungsmessung durch Zeugnisse immer stärkere Bedeutung für die Zuteilung von Chancen in der Gesellschaft. Je komplexer eine Gesellschaft ist, desto bedeutender wird die Schule, desto größer die Verschulung.

Modelle der Chancengleichheit und ihre Kritik

Zum Funktionieren der Gesellschaft ist Ungleichheit notwendig, aber dennoch muß durch die Schule die Möglichkeit der Chancengleichheit gegeben sein (funktionales Modell). Jedoch sind bei der Vermittlung von Position und Beruf nicht nur schulische Kriterien von Bedeutung, sondern entscheidende andere Fähigkeiten

(Konfliktmodell). Ein anderes Modell wäre die Meritokratie, die die Messung des IQ miteinbezieht. Ebenfalls erwähnenswert sind das Beteiligungsratenmodell und das sogenannte Erwerbchancenmodell, welches als einziges die Verschulung der Schule verhindern könnte.

Wegen Geldmangel ist optimale Schulbildung nicht möglich, und so erhält die Schule praktisch die Spaltung in der Gesellschaft aufrecht. Besonders die Sozialisationsforschung zeigt, daß die Familie bedeutend wichtiger für die persönliche Entwicklung ist.

Für die Zukunft müßte beachtet werden, daß in der Schule vor allem der Abbau des Primats der Selektion durch kognitive Leistung und der Abbau der Schranke zwischen Schule und Leben stattfinden sollte.

Die Verantwortung des Lehrers in der politischen Bildung

Im Lehrerselbstverständnis treten zum Teil apolitische Tendenzen auf, da die Schule oft als „neutral“ betrachtet wird und sich der Lehrer zu sehr als Fachwissenschaftler versteht. Dem steht das Verständnis von Schule der Neuen Linken gegenüber, bei dem alle Inhalte und Methoden instrumentalpolitisch betrachtet werden. Rollenkonflikte sind unvermeidbar, da „die pädagogische Grundordnung“ übergeordnete Bezugsrahmen für die Entscheidungen des Lehrers darstellen. Außerdem lassen sich die politischen Einstellungen des Lehrers und sein pädagogischer Auftrag nicht immer vereinbaren, da die durch die Schule und damit durch den Lehrer vermittelte politische Bildung mit den Verfassungszielen des betreffenden Staates zusammenhängen muß, der Lehrer aber diese Ziele unter Umständen nicht vertritt oder gar ablehnt.

Den Abschluß des äußerst ergiebigen Seminars bildete eine Plenumsdiskussion „Schule und Hochschule als Politikum“. Unter Leitung von Prof. Hampel diskutierten Teilnehmer und Referenten über die kontroversen Vorstellungen der Parteien und Verbände zu Fragen der Hochschulreform (insbes. dem Hochschulrahmengesetz), der Kollegstufe (insbes. der beruflichen Bildung), der Orientierungsphase und der Vorschulerziehung. Als dringlich wurde erkannt, daß sich die Diskussion stärker als bisher um die Bildungsziele und -inhalte kümmern müsse als um die Organisationsformen. Zu danken haben wir schließlich der Akademie der Hanns-Seidel-Stiftung, die die Durchführung der Studienwoche ermöglichte.

Ursula Fendt
Anne Zepnik

* * * * *

PROBLEME DER BASISBILDUNG UND –ERZIEHUNG **Bericht über ein UNESCO–Experten–Treffen**

1. Zum Thema:

Das Treffen fand vor einiger Zeit in Paris statt. Diese Tagung steht in einem engen Zusammenhang mit zwei weiteren Expertentreffen

– The Psychological Development of Children and Implications for the Educational Process, 4. – 9. März 1974, USA.



- The secondary school and its relations with the working world, 9. – 14. Dezember 1974, Kopenhagen.

Das Thema BASIC CYCLE of STUDY konzentrierte sich zwar auf Probleme der Grundschule als der für alle gemeinsamen Schule, beschränkte sich aber weder auf die Primarstufe noch auf Schule, weil Basis-Erziehung im Zusammenhang mit 'life-long-learning' und der Entwicklung von Selbst-, Sach- und Sozialkompetenz gesehen wurde.

2. Zu den Ergebnissen:

Trotz großer Unterschiede im Bildungs- und Schulsystem sowie in den schulorganisatorischen und bildungspolitischen Problemen der vertretenen Länder bestand volle Übereinstimmung aller Teilnehmer darin, daß

- die traditionelle Schule die für notwendig erachtete Basisbildung nicht zu leisten vermag,
- die Ziele umfassender sein müßten (auf den ganzen Menschen und die komplexen und vielgestaltigen Lebenssituationen bezogen),
- die Verfahren das Erreichen dieser Ziele für alle sicherzustellen hätten,
- die Lernsituationen und –prozesse darauf abzustellen wären, daß mit dem Erwerb der Qualifikationen auch deren Gebrauch (Übertragung auf andere Situationen, Anregungen zum Weiterlernen usw.) selbstverständlich in die Ziele einzubeziehen seien.

Basiserziehung darf nicht vom Leben (Konkretheit der Aufgaben, Dynamik der Entwicklung, Erprobung und Bewährung im Urteilen, Entscheiden und Handeln) isoliert werden; Basisbildung ist nicht auf Schule zu reduzieren.

3. Kritik am europäischen Schulsystem

Von Entwicklungsländern wurde mehrfach begründend dargelegt, daß sich das europäische Schulsystem nur als Vorbereitung für akademische Studien und für die Verwaltung geeignet erwiesen habe; es sei zu „akademisch“, berücksichtige weder die konkreten Erfordernisse noch die Ausgangslage der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen ausreichend.

Außerdem stimmten die Vertreter der USA, Neuseelands und Europas darin überein, daß die in dieser Tagung umrissene Basisbildung auch eine grundlegende Veränderung ihrer Schulen erfordere.

4. Kritik an Modernismen:

Die meisten Teilnehmer vertraten die begründete Ansicht, daß zwar präzisierte Lehrpläne, verbesserte Instrumente für Diagnose, Lernzielkontrolle und Leistungsbeurteilung nötig seien, daß damit aber den entscheidenden *Aufgaben der Basisbildung* nicht gedient sei: der *Entwicklung von Einstellungen, Haltungen, Wertentscheidungen*. Die Bereiche des sozialen Lernens und der ethisch-personalen Erziehung wurden für vordringlich gehalten. Damit wurden alle die Curriculum-Entwicklungen als zu einseitig erkannt, die sich ausschließlich oder vorwiegend mit der intellektuellen Förderung und operational definierten Zielen befassen. Besondere Bedeutung komme der personalen Dimension (physische Gesundheit, emotionale Stabilität, moralische Integrität) und der sozialen Dimension aller Lernprozesse und -ziele zu.

5. Lehrerbildung:

Die Aus- und Weiterbildung der Lehrer für diese Aufgaben wurde als die Schlüsselfrage angesehen; die bisherigen Programme und Ausbildungswege leisten nicht das Erforderliche. Von einigen Vertretern (bes. Indien) wurde darauf hingewiesen, daß ein Teil dieser Erziehung außerhalb der Schule erfolgen könne und solle und daß nicht nur Lehrer an der Aufgabe der Basiserziehung beteiligt werden sollten, so daß sich die Fragen der Ausbildung auf diesen Kreis erweiterten.

Zusammenfassung:

Es war auffallend, in welchem Umfang – aus der Erkenntnis der Grenzen und Defizite der derzeitigen Schulerziehung – nach neuen, umfassenderen Zielen und damit korrespondierenden Wegen gesucht wurde; das zeigte sich in Einzel- und Gruppengesprächen noch deutlicher als in den Diskussionsbeiträgen während der Sitzungen.

Auch für die Länder der Bundesrepublik erscheint es vordringlich zu erkennen, daß die Schule in ihrer jetzigen Organisationsform (Klasseneinteilung, Verplanung aller Lernzeit in Studententafel und Stundenplan, stofflich überladene Lehrpläne und Schulbücher, Vorherrschen des lehrerzentrierten und lehrergesteuerten Unterrichts usw.) ihre Erziehungsaufgaben kaum erfüllen kann. Neue bzw. vernachlässigte Aufgaben verlangen auch die dafür erforderliche Zeit, die entsprechenden Einrichtungen, Lernsituationen sowie entsprechende Berücksichtigung in Aus- und Weiterbildung. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß in anderen Ländern der Spielraum für Initiativen in dieser Richtung größer ist als in der Bundesrepublik Deutschland, weil die Prioritäten und Gewichtungen zwischen Unterrichts- und Erziehungsaufgaben besser ausbalanciert sind.

Vorschlag:

Es wäre hilfreich, wenn Teilnehmer aus der Bundesrepublik an internationalen Kongressen mit Material ausgerüstet würden, das an interessierte Teilnehmer verteilt werden kann. Besonders gut versorgt sind immer schwedische Teilnehmer (allerdings zu stark auf schulorganisatorische Daten bezogen).

Prof. Ilse Lichtenstein-Rother

* * * * *

Zentrale ●● Betriebseinheiten

Der neue Katalog der Universitätsbibliothek

Als die Universitätsbibliothek 1970 ihre Tätigkeit aufnahm, war klar, daß in den Bereichen, in denen es lohnend erschien, die Datenverarbeitung eingesetzt werden mußte. Dies um so mehr, als das neue Medium ADV die Möglichkeit eröffnete, im großen Umfange „Fremdleistung“ zu übernehmen. Auf diese Weise konnten für immerhin 59 % der in Augsburg heute vorhandenen ca. 380 000 Bände die Katalogdaten aus Regensburg übernommen werden. Neben der Erzielung dieses hohen Rationalisierungseffektes wurde zusätzlich eine wesentliche Verbesserung der Information der Benutzer erreicht. An bis zu neun Stellen im Bereich der Bibliothek

konnten alphabetische Gesamtkataloge und fachliche Teilkataloge aufgestellt werden.

Die Katalogform war die eines Bandkataloges, der durch regelmäßige Supplemente (im Durchschnitt 3wöchentlich) aktuell gehalten wurde. Gegenüber den Zettelkatalogen hatte diese Form den Vorteil der größeren Übersichtlichkeit und der wesentlich geringeren Kosten. Zur Aufrechterhaltung des gleichen Katalogsystems in Zettelform hätte die Universitätsbibliothek allein im Jahre 1973 21 Diplomkräfte zusätzlich benötigt. (Genauere Angaben hierzu sind im Jahresbericht der Bibliothek 1973, S. 29 ff. enthalten.)

Die ständig zunehmende Belegung der von der Bibliothek mitbenutzten Rechenanlage und die ständig schwieriger werdende Haushaltslage der Universität zwangen die Bibliothek, nach weiteren Möglichkeiten zu suchen, die dazu beitragen, die Rechenzeiten zu verkürzen und die Kosten zu senken.

Hier bot sich der Übergang zu Mikrofilm- bzw. Mikrofiche-Katalogen an. Das COM-Verfahren (direkter Computer Output auf Mikrofilm), das bereits in anderen Bibliotheken und in der Industrie erfolgreich eingesetzt wird, bot die Möglichkeit dazu. Die von der Rechenanlage auf Magnetband geschriebenen Daten werden dabei zeichenweise auf dem Bildschirm einer Kathodenstrahlröhre aufgezeichnet und mittels einer verschlußlosen Kamera auf Film übertragen. Damit ist ein Weg gefunden, die Schwächen und Nachteile der Schnelldruckerpraxis zu vermeiden. Die Schnelldrucker bilden ja aufgrund der elektromechanischen Arbeitsweise den Engpaß der elektronischen Datenverarbeitung. Die COM-Ausgabe dagegen ist um den Faktor 10 schneller.

Der COM-Katalog, der gemeinsam von den Universitätsbibliotheken Regensburg und Augsburg geplant wurde, entspricht dem Bandkatalog in starker Verkleinerung auf Mikrofiche. Bei 48facher Verkleinerung können so rund 269 Seiten des bisherigen Bandkatalogs auf einem Mikrofiche untergebracht werden. Die einzelnen Fiches sind mit einer mit bloßem Auge lesbaren Kopfzeile versehen, die die Inhaltsangabe darstellt. Sie können in Schuppentaschen untergebracht und mit handelsüblichen Lesegeräten zum Preis von rund DM 800,- gelesen werden.

Hauptvorteile eines solchen Katalogs sind die verhältnismäßig niedrigen Herstellungs- und laufenden Kosten, selbst unter Berücksichtigung der Beschaffung der Lesegeräte. Er besitzt wie ein Bandkatalog gegenüber Zettelkatalogen den Vorteil der größeren Übersichtlichkeit. Weiterhin ermöglicht er ein Arbeiten ohne ständiges Hin- und Herlaufen an Katalogregalen oder Katalogschränken. Wegen der geringen Kosten kann er in höherer Auflage erstellt und an beliebig vielen Orten aufgestellt werden. Er kann dadurch dazu beitragen, unnötige Wege zu vermeiden und die Information über die Bestände der Bibliothek wesentlich zu verbessern. Er ist damit auch so flexibel, daß er jeder Organisation angepaßt werden kann.

Die fast vollständige Auslastung des Rechenzentrums der Universität Regensburg zwang kurzfristig zum Übergang auf Mikrofichekataloge, da keinerlei Mög-

lichkeiten mehr vorhanden waren, weiterhin Bandkataloge zu erstellen.

Bereits die erste COM-Ausgabe im Herbst 1974 bestätigte die Planungsvoraussetzungen.

1. Der Rechenzeitbedarf sank stark ab. Während im März 1974 bei 122 600 Haupteinträgen im Katalog eine Verweilzeit von 68 Stunden anfiel, waren es im September 1974 bei 145 132 Haupteinträgen nur noch 35 Stunden. Trotz eines Titelzuwachses von 18 % konnten 33 Stunden (= 48 %) eingespart werden.

Insgesamt sanken die Kosten auf rund 20 % der bisher anfallenden. Nur rund DM 11.215,- mußten aufgewandt werden im Gegensatz zu DM 55.980,-, die für die Erstellung von Bandkatalogen angefallen wären. (Dabei sind die Personalkosten für das Handling der Kataloge wie Einbinden, Beschriften usw. nicht gerechnet.)

2. Durch Aufstellung weiterer Katalogexemplare an zusätzlichen Stellen im Bereich der Bibliothek läßt sich die Informationsvermittlung wesentlich verbessern. Hier traten nur Schwierigkeiten auf, weil nicht genügend Lesegeräte beschafft werden durften.
3. Die 16 180 Seiten eines Exemplars des alphabetischen Katalogs, die rund 80 Bände beanspruchten, konnten auf 61 Mikrofiches untergebracht werden.

Auch die Flexibilität bestätigt sich. Die Organisation muß nicht mehr nur auf 1 Hauptkatalog (etwa Zettelkatalog) ausgerichtet werden, sondern wird vom Standort des Katalogs praktisch unabhängig. Dies kann Folgen bis in die Bauplanung hinein haben.

4. Zusätzlich bietet die neue Katalogform weitere Rationalisierungsmöglichkeiten etwa im Bereich der Automatisierung der Erwerbung, aber auch im Bereich der Revisionsabteilung oder bei der Vergabe von Heimarbeit usw.

Seit einiger Zeit sind Lesegeräte und Mikrofiche-Kataloge in allen Teilbibliotheken und im Verwaltungsbereich der Bibliotheken aufgestellt. Die einzelnen Fiches sind in Schuppentaschen in Leitzordnern untergebracht.

Zum Lesen wird das gewünschte Mikrofiche aus der Tasche genommen und auf einer Glasplatte entsprechend den überall ausliegenden Gebrauchsanweisungen unter das Lesegerät geschoben. Da jedes Fiche als letzte Bildposition in der Ecke rechts unten einen Index enthält, in dem zusammen mit den Ordnungsbegriffen (Verfassernamen, Sachtitel usw.) des ersten Eintrages eines jeden Bildes (Seite) die Koordinaten der Bildposition (z.B. C 3 = 2. Reihe von oben, 3. Spalte von links) angeführt wird, wird in der Regel mit Hilfe einer Indexplatte als erstes dieses Bild angesteuert. Der gewünschte Eintrag ist dann schnell zu finden. Bei einiger Übung sind Zugriffszeiten (Aufsuchen einer Katalogstelle) von nur 15 sec. zu erreichen.

Natürlich kann auch ohne Indexbild gesucht werden. Dazu empfiehlt sich, daß man zuerst in der obersten Bildreihe die in Betracht kommende Spalte auswählt und in dieser dann nach unten sucht.

Bei Benutzung des Indexbildes lassen sich aber immer schnellere Zugriffszeiten erzielen.

Aus der Sicht der Mitarbeiter der Bibliothek, die mit dem neuen Medium ständig arbeiten müssen, und der Bibliotheksorganisation ist der Mikrofichekatalog ausschließlich positiv zu beurteilen. Aber auch von Seiten der Benutzer der Bibliothek kamen bisher weitaus überwiegend zustimmende Urteile.

Dr. Rudolf Frankenberger (Universitätsbibliothek)

* * * * *

Versuch Gruppenstabilisierung im Wiso-Grundstudium

Im Wintersemester 1974/75 wurde am Wiso-Fachbereich die Lehre im 1. und 2. Studienjahr neu organisiert. Alle betroffenen Lehrstühle erklärten sich bereit, jeweils 8 parallele Gruppen pro Studienjahr einzurichten. Jede Lehrperson eines Faches bildete mit je einem Vertreter der anderen Fächer ein sog. Lehrteam, das während des Trimesters Gruppenerfahrungen austauschen und gemeinsame Probleme der Lehre und Integration besprechen sollte.

Für die Studenten im Grundstudium ergaben sich folgende Konsequenzen:

Anstelle der bisherigen Praxis der Eintragung für eine Gruppe mit begrenzter Teilnehmerzahl pro Fach(Kurs-system) konnte nun noch zwischen feststehenden Lehrteams gewählt werden (Klassenbildung wie in der Schule). Die Studenten erlebten also alle Lehrveranstaltungen in der stets gleichbleibenden Teilnehmergruppe, und genau das meint der Begriff „stabile Gruppen“. Ein Wechsel zwischen den Gruppen sollte von den Lehrpersonen nicht akzeptiert werden. Tatsächlich haben sich die Studenten auch weitgehend an diese Vereinbarung gehalten.

Am Ende des Trimesters wurden die Studenten über ihr Urteil und ihre persönlichen Erfahrungen mit dem Unterrichtsversuch befragt. Diese Befragung ist vom Hochschuldidaktischen Zentrum bereits z.T. ausgewertet worden. Soweit es sich um spezifische Gruppenwerte handelt, werden diese nur den betroffenen Lehrpersonen mitgeteilt. Die Ergebnisse des I. Teils der Auswertung betreffen die Einstellungen der Studenten zum Versuch und sind im folgenden grafisch dargestellt:

Gruppenstabilisierung

Teil I:

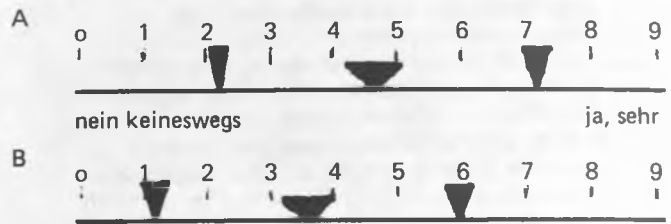
Wie beurteilen die Studenten das Verfahren „freie Wahl des Lehrteams mit fester Bindung an die gewählte Gruppe“.

Erläuterung der Skalen:

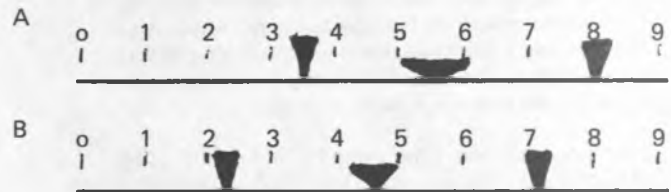
- A = 1. Studienjahr; N = 174 – 177
 - B = 2. Studienjahr; N = 184 – 188
- arithmetisches Mittel
Standardabweichung



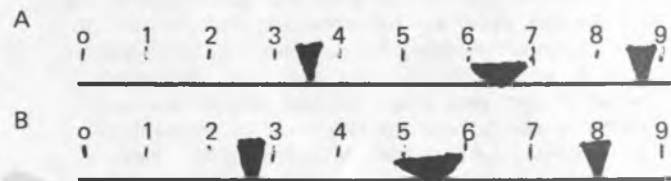
1. Frage: Stabile Gruppen (im Sinne des Versuchs) fördern den Lernerfolg.



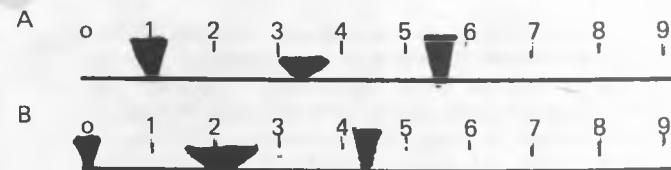
2. Frage: Stabile Gruppen tragen zu einem angenehmen Gruppenklima bei.



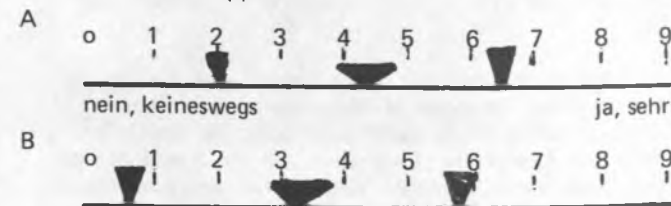
3. Frage: Stabile Gruppen erleichtern das gegenseitige kennenlernen der Studenten.



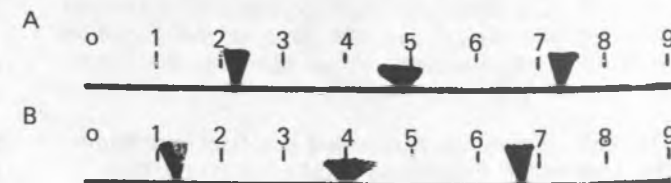
4. Frage: Die Bildung von Lehrteams fördert die Integration der verschiedenen Fächer.



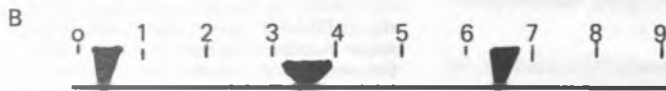
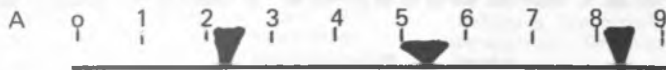
5. Frage: Die mit dem Versuch verbundene planmäßige Rückmeldung des Lernerfolgs und der Zufriedenheit der Studenten an die Lehrperson trägt zur Verbesserung der Gruppendidaktik bei.



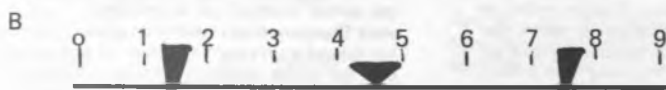
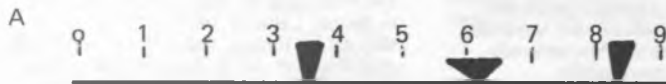
6. Frage: Die Organisation der Lehre nach dem Konzept der stabilen Gruppen garantiert, daß in jedem Fach pro Studienjahr die gleiche Anzahl von Gruppen gebildet wird.



7. Frage: Ich befürworte die Fortsetzung des Versuchs „Stabile Gruppen“ unter der Voraussetzung, daß die beschriebenen Anfangsschwierigkeiten vermieden werden.



8. Frage: Die Organisation der Lehre nach dem Konzept der stabilen Gruppen trägt dazu bei, die drohenden Stellenkürzungen zu vermeiden.



Es fällt auf, daß die Mittelwerte des 1. Studienjahres ausnahmslos und signifikant über den entsprechenden Werten des 2. Studienjahres liegen. Außerdem liegen die Mittelwerte des 1. Studienjahres mit Ausnahme von Frage 4 um den Skalenmittelwert der neunstufigen Skala oder deutlich im positiven Bereich. Allerdings weisen die Standardabweichungen ($s \geq 2.23$ im 1. Studienjahr, $s \geq 2.22$ im 2. Studienjahr) auf erhebliche Unterschiede in der Bewertung jeder Frage durch die Studenten hin.

Daß stabile Gruppen ein angenehmes Gruppenklima und gegenseitiges Kennenlernen fördern, wird von den Studenten des 1. Studienjahres überwiegend bejaht. Dagegen glaubt von den Studenten des 2. Studienjahres nur die Hälfte, daß durch stabile Gruppen ein angenehmes Gruppenklima gefördert wird. Weitaus positiver waren die Ergebnisse allerdings bei der Frage nach dem Wohlbefinden in der konkreten Gruppensituation (Teil II der Auswertung).

Der Lernerfolg wird nach Meinung der Studenten des 1. Studienjahres durch stabile Gruppen weder gefördert noch behindert, während der größere Teil der Studenten des 2. Studienjahres darin sogar eher eine Behinderung sieht.

Die Integration der Fächer durch Bildung sog. Lehrteams ist nach Auffassung des überwiegenden Teils beider Studienjahre durch organisatorische (inhaltsunabhängige) Maßnahmen allein nicht zu leisten.

Bei der Frage nach der Vermeidbarkeit von Stellenkürzungen durch die Organisation der Lehre nach dem Konzept der stabilen Gruppen divergieren die Meinungen. Die Studenten des 1. Studienjahres sehen darin eine reelle Möglichkeit. Bei den Studenten des 2. Studienjahres geben etwa 50 % diesem Verfahren eine Chance, während der Rest dieses Mittel offenbar für ungeeignet hält.

Deutlichen Ausdruck finden die unterschiedlichen Meinungen bei den Antworten zu Frage 7. Im Gegensatz zu den Studenten des 2. Studienjahres befürworten die Studenten im 1. Studienjahr die Fortsetzung des Versuchs.

Im übrigen steht das H D Z für weitergehende Informationen und Beratung gerne zur Verfügung.

Albert Eding (HDZ)

* * * * *

DER PERSONALRAT BERICHTET

Die am 26.2.1975 stattfindende Wahl des Gesamtpersonalrats der Universität Augsburg ergab folgendes:

Es wurden

für die Gruppe der Arbeiter

Herr Richter, Erziehungswissenschaftlicher Fachbereich (Tel.: 76 131)

für die Gruppe der Angestellten

Frau Flemisch, Universitätsverwaltung (Tel.: 599 242)

Herr Hartmann, Universitätsverwaltung (Tel.: 599 248)

Herr Hofstetter, Universitätsbibliothek (Tel.: 599 204)

Frau Williams, Lehrstuhl Prof. Pfaff (Tel.: 599 346)

für die Gruppe der Beamten

Frau Schöppl, Universitätsbibliothek (Tel.: 599 286)

Herr Dr. Feuerstack, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlicher Fachbereich (Tel.: 599 230)

gewählt.

In der am 4.3.1975 stattfindenden konstituierenden Sitzung, in welcher ein Vorstand aus Frau Schöppl, Herrn Hofstetter und Herrn Richter gebildet wurde, ist Herr Hofstetter zum Vorsitzenden des Gesamtpersonalrats und Frau Schöppl zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden.

Der Personalrat möchte an dieser Stelle seinen Wählern und natürlich auch dem Wahlvorstand danken.

Falls Sie irgendwelche Probleme haben, wird der Gesamtpersonalrat alles versuchen, Ihnen zu helfen.

* * * * *

**Aktuelles Thema
im nächsten Heft**

**„UNIVERSITÄT – STADT –
SCHWABEN“**

NACHRICHTEN INFORMATIONEN

Aus der Sitzung des Senats der Universität Augsburg vom

30. April 1975

Der Senat der Universität Augsburg verabschiedete einstimmig in seiner Sitzung vom 30. April eine allgemeine Habilitationsordnung, die nach langer Vorbereitung fertiggestellt worden war. Die Fachbereiche können jedoch durch eigene Habilitationsordnungen im Rahmen dieser allgemeinen Satzung die Voraussetzungen für ihre eigene Disziplin näher festsetzen.

Daneben wurde beschlossen, für das Studienjahr 1975/76 im Studiengang Deutsch, Lehramt an Gymnasien, die Höchstzahlen für die aufzunehmenden Studienanfänger auf 49, im Studiengang Deutsch, Lehramt an Realschulen, auf 33, im Studiengang Französisch, Lehramt an Gymnasien, auf 52 festzusetzen. Der Studiengang Französisch, Lehramt an Realschulen soll auf 7 beschränkt werden. Ferner wurde der Numerus clausus für die Erziehungswissenschaftlichen Fachbereiche für das Studienjahr 1975/76 auf 420 Studienanfänger festgelegt.

Mit Zustimmung nahm der Senat zur Kenntnis, daß sich eine Partnerschaft mit der Universität XI von Paris — sie entspricht dem juristischen Fachbereich — anbahnt. Neben den Universitäten von La Paz (Bolivien), von Dayton, von Virginia (USA) und Trient (Südtirol), mit denen die Universität Augsburg korrespondiert, wäre dies eine weitere ausländische Hochschule, die als Partnerin für Augsburg in Betracht kommt. Bei den Beziehungen zur Universität XI von Paris ist an juristische Sprachkurse der beiden Sprachzentren, an Gastvorträge und natürlich auch an einen Austausch von Hochschullehrern, Assistenten und Studenten gedacht.

* * * * *

Kultusminister *Prof. Hans Maier* verabschiedete mit einem Essen die Mitglieder des Strukturbeirats der Universität Augsburg.

* * * * *

Infratest-Umfrage: Bayerns Studenten gegen Linksradikalismus

Im Auftrage des Bundeswissenschaftsministeriums wurde durch das Institut Infratest im Vorjahr eine repräsentative Umfrage unter Studenten gemacht, um deren politische Einstellungen empirisch zu erfassen. Diese erste Breitenbefragung unter Studenten gelangte zu interessanten Ergebnissen, die kürzlich im sogenannten „Hochschulbarometer“ vorgelegt wurden. Ein Ergebnis der Untersuchung: Bayerns Studenten erteilten den Linksradikalen eine klare Absage. Dies ist eine Entwicklung, die durch die Ergebnisse der letzten Hochschulwahlen und durch die folgende Bildung demokratischer

Sprecherräte unter Beteiligung des RCDS (z.B. München, Regensburg, Würzburg) bestätigt wurde.

Im „Hochschulbarometer“ ist u.a. für Bayern ersichtlich, daß

1 % der befragten Studierenden an den bayerischen Hochschulen erklärten, Anhänger der DKP zu sein,

2 % der befragten Studierenden an den bayerischen Hochschulen befürworteten eine revolutionäre Veränderung der bestehenden Machtverhältnisse in der Bundesrepublik,

47 % der befragten Studierenden an bayerischen Hochschulen waren der Meinung, daß niemand aufgrund seiner politischen Meinung vom öffentlichen Dienst ausgeschlossen werden dürfe.

Die Befragungsergebnisse für Bremen lauten dagegen wie folgt:

38 % der befragten Studierenden der Universität Bremen sich zur DKP bekannten

50 % der befragten Studierenden derselben Hochschule eine revolutionäre Veränderung der bestehenden Machtverhältnisse in der Bundesrepublik befürworteten,

80 % der befragten Bremer Studenten sich unter Bezug auf den Radikalenerlaß dafür aussprachen, daß niemand aufgrund seiner politischen Überzeugung, auch radikale Gegner der Verfassung nicht, vom öffentlichen Dienst ausgeschlossen werden dürfe.

Nicht nur das Befragungsergebnis in Bayern, sondern auch die Resultate in den anderen Ländern heben sich von den Bremer Prozentzahlen deutlich ab; Die Universität Bremen nimmt insofern eine Sonderstellung ein. Der Anteil der DKP-Anhänger und Befürworter einer revolutionären Veränderung in der Bundesrepublik verhält sich in den einzelnen Ländern wie folgt:

DKP-Sympathisanten:

Bremen 38 %, Hamburg 7 %, Berlin 6 %, Nordrhein-Westfalen 6 %, Hessen 6 %, Baden-Württemberg 5 %, Niedersachsen 4 %, Schleswig-Holstein 1 %, Bayern 1 %, Rheinland-Pfalz 0 %. Auf die gesamte Bundesrepublik umgerechnet bekennen sich laut Hochschulbarometer 5 % aller befragten Studierenden an den deutschen Hochschulen zur DKP.

Befürworter einer revolutionären Veränderung in der Bundesrepublik:

Bremen 50 %, Berlin 16 %, Niedersachsen 13 %, Hessen 12 %, Baden-Württemberg 12 %, Nordrhein-Westfalen 9 %, Hamburg 8 %, Schleswig-Holstein 5 %, Rheinland-Pfalz 4 %, Saarland 4 %, Bayern 2 %. Auf die gesamte Bundesrepublik umgerechnet, befürworten laut Hochschulbarometer 10 % aller befragten Studierenden an den deutschen Hochschulen eine revolutionäre Veränderung.

(Hochschul-Magazin Mai 1975)

* * * * *

Studienführer

Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) hat soeben in der Reihe seiner Auslandsstudienführer die Hefte Schweden und Schweiz herausgebracht. Damit liegt für zwei weitere europäische Länder eine konzentrierte Information über das Hochschulwesen und die Studienmöglichkeiten vor.

Die Probleme der Zulassung stellen sich in beiden Ländern im Prinzip kaum anders als im Inland. Jeder Interessent muß allerdings bei der in Aussicht genommenen Hochschule selbst anfragen und sich bei seiner Hochschule erkundigen, inwieweit Studienzeiten und eventuelle Examina im Inland anerkannt werden. In Schweden und der nicht deutschsprachigen Schweiz kommt noch die Notwendigkeit guter Sprachkenntnisse hinzu.

Neben diesen Informationen über das Studium im Ausland bietet der DAAD noch mehrere Verzeichnisse über Hochschulferienkurse in europäischen Ländern an.

Die Veröffentlichungen des DAAD sind bei den Akademischen Auslandsämtern bzw. Sekretariaten der Hochschulen erhältlich, falls dort nicht, auch bei der Arbeitsstelle Ausländisches Hochschulwesen des DAAD.

* * * * *

Glöggler-Stipendium

Der Präsident des Vorstandsrats der Glöggler Holding AG, Herr Hans Glöggler, hat der Universität Augsburg Stipendienmittel in Höhe von 75.000 DM zur Verfügung gestellt. Die fünf Stipendien zu je 15.000 DM sollen nach seinem Wunsch Studierenden zugute kommen, die aus Arbeiterfamilien mit mindestens vier Kindern stammen. Drei Studenten der Rechtswissenschaft, je einer der Wirtschaftswissenschaft und der Katholischen Theologie gelangen seit 1. April in den Genuß des Stipendiums. Sie weisen alle durchweg gute Abiturzeugnisse vor und zeichnen sich durch vielversprechende Studienleistungen aus.

* * * * *

Wanderungsmotive im Raum Augsburg

Der Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftsgeographie (Prof. Dr. F. Schaffer und Mitarbeiter) an der Universität Augsburg führt im Rahmen bevölkerungsgeographischer Untersuchungen eine Analyse der Wanderungsmotive im Raume Augsburg durch.

Dazu werden Anfang Mai ca. 2000 stichprobenhaft ausgewählte Haushalte angeschrieben, die zu dem Personenkreis gehören, der im Zeitraum von Oktober 1973 bis September 1974 von Augsburg in die angrenzenden Landkreise bzw. aus diesen Landkreisen nach Augsburg verzogen ist. Die angeschriebenen Haushaltsvorstände werden gebeten, einen Kurzfragebogen auszufüllen und ihn an den Lehrstuhl zurückzusenden. Besonders ausgewählte Haushalte werden

um ein Interview gebeten. Die Auswertung soll Aufschlüsse über die Wohnwünsche und das Wohnverhalten sowie über die Umzugsgründe geben.

* * * * *

Prof. Dr. Josef Becker, Inhaber des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte, nahm am 15. April 1975 an einer Diskussion im französischen Fernsehen über die Reichsgründung und die Rolle Bismarcks in der deutschen Geschichte teil.

* * * * *

Universitätsbibliothek

Die Universitätsbibliothek Augsburg wird die Bibliothek des Anfang des Jahres verstorbenen romanischen Professors Dr. Erhard Lommatzsch erwerben. Die Sammlung von Prof. Lommatzsch umfaßt 5.000 bis 8.000 Bände. Der Schwerpunkt liegt bei der altfranzösischen und altprovenzalischen Literatur sowie bei der romanischen Philologie in weiterem Sinn.

* * * * *

Nachdem im Haushaltsplan 1975/76 die Universitätsbibliothek nurmehr Gelder für die Periodika (laufende Zeitschriften und ähnliches) zugeteilt bekam, erhält sie nun 1,44 Mio DM für weitere Anschaffungen. Davon entfallen 720.000 DM auf Verstärkungsmittel des Bundes. Es handelt sich um eine vorläufige Mittelzuweisung im Haushaltsentwurf. Falls der Entwurf in dieser Weise Gesetz wird, ist der Ausbau der Universitätsbibliothek für die nächste Zeit gesichert.

* * * * *

RÜCKBLICK UND VORSCHAU

Seinen ersten Vortragsabend gestaltete das Kammerorchester der Universität Augsburg vor einiger Zeit in der Aula des Erziehungswissenschaftlichen Fachbereichs.

Unter der temperamentvollen Leitung von Kurt Suttner und Karl Graml erklangen vor allem Werke des Barock, u.a. eine „Spielmusik zum Sommernachtstraum“ von Henry Purcell und die komische Kantate von Telemann „Der Schulmeister“ für Bariton und Kinderchor, eine Kantate, die auch dem ärgsten Philister noch ein Lächeln abnötigen muß. Nach dem Orgelkonzert von Händel Nr. 7, B-Dur wurden zur Auflockerung vier heitere kollageartige Stücke für 2 Klaviere und Schlagzeug gespielt. Am Schluß stand noch ein Oboenkonzert des Venezianers Vivaldi auf dem Programm.

Damit nach diesem erfreulichen Einstand die Arbeit weitergeführt werden kann, sucht das Kammerorchester dringend weitere Streicher und Bläser!!!

* * * * *

Vom 1. bis 3. Mai 1975 fand in Bezaug (Bregenzerwald) die 5. Arbeitstagung alemannischer Dialektologen statt, auf der Mundart- und Namenforscher aus dem Elsaß, Baden, der Schweiz, Vorarlberg und Schwaben über die Ergebnisse ihrer Forschungen berichteten. Die Universität Augsburg war auf der Tagung durch die Germanisten Hugo Stopp und Rolf Bergmann vertreten, der Regierungsbe-

zirk Bayerisch-Schwaben durch Bezirksheimatpfleger Dr. Frei. Die gemeinsame Anregung, die in drei Jahren stattfindende nächste Tagung in Augsburg abzuhalten, fand allgemeine Zustimmung. Der Begründer der Alemannentagungen, Professor Bruno Boesch/ Freiburg i.Br., begrüßte besonders, daß auf diese Weise die schon lange erwünschte stärkere Einbeziehung Bayerisch-Schwabens in die alemannische Dialektologie gefördert werden könne.

Prof. Dr. Rolf Bergmann (Phil II)

* * * * *

In der Reihe „Augsburger Universitätsvorträge“ hielt der französische Historiker, Prof. Dr. Raymond Poidevin, zum 25jährigen Bestehen der Montanunion am 24. April 1975, einen Gastvortrag über das Thema „Deutschland und Europa in der Außenpolitik Robert Schumans — Tradition und Neuorientierung—“.

* * * * *

Kontaktstudium

Am 19. und 20. Juni 1975 findet im Rathaus der Stadt Memmingen ein 2-Tages-Seminar mit dem aktuellen Thema

Die Ausweitung Staatlicher Aufgaben und Reform des öffentlichen Dienstes

statt. Ziel dieses Seminars soll es sein, die Diskussion um die Grenzen und die Effizienz öffentlicher Aktivitäten zwischen Praktikern und Wissenschaftlern zu fördern. Verschiedene Vorstellungen über eine zur Effizienzsteigerung notwendige Reform des öffentlichen Dienstes, insbesondere des Dienstrechts sollen dort erläutert werden.

Neben Wissenschaftlern der Universität Augsburg referieren im Rahmen des Seminars Vertreter des DGB, des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen sowie Professoren der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, der Universität Regensburg und der Bundeswehrhochschule Hamburg.

Auskünfte und Anmeldungen zu diesem Seminar:

Sekretariat des Kontaktstudiums
89 Augsburg
Frohsinnstraße 24
Tel.: (0821) 599 290

* * * * *

Prof. Dr. Rolf Bergmann, Inhaber des Lehrstuhls für Neuere Deutsche Sprachwissenschaft, führt im Sommersemester im Rahmen des Kontaktstudiums eine Veranstaltung mit dem Thema *Einführung in die linguistische Beschreibung der Grammatik der deutschen Gegenwarts-sprache*

durch. In der Form einer Vorlesung mit Übung wendet er sich dabei an die Deutschlehrer der Gymnasien in Augsburg und Umgebung.

* * * * *

Prof. Dr. Karlheinz Kuntze hält am 25. Juni 1975, um 19.30 Uhr im Rathaus, Oberer Fletz, einen Vortrag über das Thema

Computerunterstütztes Konstruieren

* * * * *

In der Zeit vom 26.9. — 30.9.1975 findet in Augsburg ein Deutsch-französisches Historikerkolloquium statt.

* * * * *

Die Vereinigung der deutschen Staatsrechtslehrer hält vom 1.10. — 4.10.1975 ihre Jahrestagung in Augsburg ab.

* * * * *

Ofa — Studio

zeigt am 19. Juni 1975, 20.00 Uhr in französischer Sprache „*Trafic*“ mit Jacques Tati als Monsieur Hulot und am 26. Juni 1975, 20.00 Uhr in englischer Sprache mit deutschen Untertiteln „*The man in the white suit*“ mit Alec Guinness und Joan Greenwood.

* * * * *

PERSONALIEN

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlicher Fachbereich

Dr. Hans Schedlbauer hat zum Sommersemester einen Lehrauftrag für

„Sonderfragen aus dem wirtschaftlichen Prüfungs- und Treuhandwesen“

am Wiso-Fachbereich erhalten.

Juristischer Fachbereich

Prof. Dr. Wolfgang Jakob hat einen Ruf auf den neugeschaffenen Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere Finanzwesen und Steuerrecht angenommen.

Erziehungswissenschaftlicher Fachbereich

Prof. Dr. Arno Baruzzi, München, hat den Lehrstuhl für Philosophie am Erziehungswissenschaftlichen Fachbereich der Universität Augsburg übernommen.

* * * * *

Honorarprofessor Dr. Hermann Endrös trat am 31. März 1975 wegen Erreichens der Altersgrenze in den Ruhestand.

Philosophischer Fachbereich I

Karl König, Leiter des Amtes für Statistik und Stadtforschung, erhielt am Philosophischen Fachbereich I im Sommersemester einen Lehrauftrag über *Ausgewählte Kapitel und Probleme der Regionalstatistik*.

* * * * *

Amerikanischer Professor als Student

Robert F. Hildebrand, Professor für Erziehungspolitik an der Southern Illinois University Edwardsville, USA besucht für mehrere Monate die Universität Augsburg, um die Organisation von Lehrern und Lehrerverbänden im Bereich der verschiedenen Schul- und Hochschulgattungen zu studieren. Er bereitet einen Vergleich mit der entsprechenden Lage in den USA vor.

Der Aufenthalt von Professor Hildebrand wird vom Hochschuldidaktischen Zentrum der Universität betreut. Wer mit ihm Kontakt aufnehmen möchte, sollte sich an das HDZ wenden (Tel.: 599 - 480/451).

Was ist Ihnen Ihre Sicherheit wert? 17,- Mark im Monat?



Für einen Beitrag von 17,- Mark – mit Familienangehörigen 19,- Mark – im Monat bietet Ihnen die Hamburg-Münchener Ersatzkasse vollen Krankenversicherungsschutz. Unter bestimmten Voraussetzungen, die Sie leicht erfüllen können: Wenn Sie beispielsweise in einem Angestelltenberuf jobben, auch nur vorübergehend oder in den Semesterferien, haben Sie schon das Anrecht.

Als Mitglied der Hamburg-Münchener sind Sie fast immer von einer studentischen Pflichtversicherung befreit und – was besonders wichtig ist – Sie können auch nach Beendigung des Studiums Mitglied bleiben.

Informieren Sie sich bei der Hamburg-Münchener, wie Sie für einen geringen Beitrag die umfassende Leistung einer modernen gesetzlichen Krankenkasse in Anspruch nehmen können.

Kommen Sie doch mal vorbei oder rufen Sie an. Wir beraten Sie gern in allen Fragen der Sozialversicherung.

Sie sollen sicher sein

HAMBURG MÜNCHENER

ERSATZKASSE

KRANKENKASSE FÜR ANGESTELLTE

8900 AUGSBURG 11, ANNASTR. 9 III.

TEL. (0821) 51 79 14 · POSTFACH 11 09 24